Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 62. Bromberg, Sonnabend den 15. März 1930. 54. Jahrg.

Hindenburg vertagt das Polen-Abkommen!

Der Young-Plan wurde bereits unterzeichnet.

Berlin, 14. März. Nach einer amtlichen Meldung hat Reichspräsident von Hindenburg gestern das den Youngplan enthaltende „Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30“ und die damit in Verbindung stehenden Gesetze ausgefertigt und ihre Verkündung im Reichsgesetzblatt veranlaßt.

Den „Gesetzentwurf zur Regelung von Fragen des Teils des Versailler Vertrages, der das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthält,“ hat der Reichspräsident noch nicht vollzogen, sondern in Ausübung der ihm nach Art. 70 der Reichsverfassung obliegenden Pflicht zur Prüfung des verfassungsmäßigen Zustandekommens der Gesetze einstweilen zurückgestellt. Um zu prüfen, ob dieses Gesetz verfassungsändernden Charakter hat, hat sich der Reichspräsident mit dem Reichskanzler und den beteiligten Reichsministern in Verbindung gesetzt.

Die verfassungsrechtlichen Bedenken, die sich gegen das Warschauer Abkommen geltend gemacht haben, erstrecken sich namentlich auf die Entschädigungsfrage, dann aber auch auf die Form des ganzen Abkommens, das in zahlreiche Nebenabreden zersplittert ist. Es liegen verschiedene Gutachten vor, die den Vertrag für verfassungsändernd halten.

Diese Entschließung des Reichspräsidenten hat auf alle politischen Kreise einen sehr starken Eindruck gemacht. Von offiziöser Seite wird erklärt, daß es sich um keine überraschende Maßregel handele, trotzdem wird, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, ihr Gewicht um so größer, weil es sich um eine deutliche Demonstration gegen den von weitesten Kreisen des deutschen Volkes als untragbar empfundenen Polenvertrag handelt.

*

Im Zusammenhange mit der Zurückstellung der Unterzeichnung des Polenabkommens hat der Berliner Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur von dortigen maßgebenden Kreisen folgende Information erhalten:

Zu der Zurückstellung der Unterzeichnung hat sich Reichspräsident von Hindenburg mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland entschlossen; denn kein anderes Abkommen wurde so heftig durch die Opposition bekämpft wie das Polen-Abkommen, das überdies durch den Reichstag nur mit einer geringen Stimmenmehrheit angenommen wurde. Maßgebende Kreise zweifeln jedoch nicht daran, daß das Gesetz über die Liquidationsabkommen, das auch das Polen-Abkommen umfaßt, in den allernächsten Tagen durch den Reichspräsidenten unterzeichnet werden wird.

Was die Reichsregierung selbst anbelangt, so betonen die erwähnten Kreise, daß sie auf dem Standpunkte steht, daß das polnische Liquidationsabkommen nichts enthält, was im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung stände, und daß dieses Gesetz nicht die für die die Verfassung ändernden Gesetze vorgesehene Mehrheit erfordert. Maßgebende Kreise weisen darauf hin, daß die Reichsregierung, trotzdem sie bereits vor der Einbringung des Gesetzentwurfes über das Liquidationsabkommen im Reichstag genau die Frage geprüft hatte, ob das Gesetz mit der deutschen Verfassung vereinbar sei, mit dem Augenblick, als Zweifel erhoben wurden, sich an hervorragende Gelehrte auf dem Gebiet des Verfassungsrechts gewandt hat, wie z. B. an Professor Anschütz, die sich dahin aussprachen, daß das Abkommen mit Polen mit der Verfassung vereinbar sei. Entgegen dem Einwand, daß das Abkommen mit Polen gewissermaßen deutsche Staatsangehörige enteignen könnte, was im Widerspruch zur Verfassung stände, sind maßgebende Kreise der Ansicht, daß eine „Enteignung“ im Sinne des Art. 153 der Reichsverfassung nicht in Frage komme, da die Reichsregierung nicht auf die privaten Forderungen ihrer Bürger verzichte, sondern lediglich auf die eigenen, sich auf das internationale Recht stützenden Forderungen. Wenn sogar eine Enteignung erfolgen sollte, so nach diesem Art. 153 nur dann, sofern sie von Rücksichten auf das allgemeine Interesse diktiert wäre. Solche Fälle sind im Liquidader Reichsverfassung nicht in Frage komme, da die Reichsregierung die Sicherung des deutschen Elements in den an Polen abgetretenen Gebieten erwartet.

*

Wenn die Regierung auf das Gutachten hervorragender Verfassungsrechtler zur Begründung ihres Standpunktes verweisen kann, so haben sich auch erste Autoritäten des öffentlichen Rechts für den verfassungsändernden Charakter des Polenabkommens ausgesprochen. Darunter Professor Dr. Erich Kaufmann von der Universität Berlin, der wiederholt in wichtigsten Missionen Rechtsvertreter des Auswärtigen Amtes war, der Geheime Justizrat Dr. Triepel, gleichfalls von der Universität Berlin, und der frühere Reichsgerichtspräsident und Reichsaußenminister Dr. Walter Simons, der jetzt ordentlicher Honorarprofessor für Völkerrecht an der Universität Leipzig ist. Nicht zuletzt das Gutachten des von Hindenburg besonders geachteten früheren Stellvertreters des Reichspräsidenten Dr. Simons, der parteipolitisch nicht zur Opposition des Reichstags gehört, hat wohl den Reichspräsidenten veranlaßt, die Unterzeichnung des Polenabkommens vorläufig auszusetzen. Dr. Simons faßt die Darlegungen seines Gutachtens in folgende acht Punkte zusammen:

„1. Das Abkommen entspricht in seiner Form nicht der völkerrechtlichen Übung. Dieser Fehler kann aber durch staatsrechtlich gültige Genehmigung geheilt werden.

2. Das Abkommen unterliegt vom völkerrechtlichen Standpunkt keinen durchgreifenden Bedenken.

3. Das Abkommen enthält neben dem Verzicht auf Rechtsschutzansprüche Privater auch den materiellen Verzicht auf die zu schützenden Rechte selbst.

4. Der Verzicht ist eine bedauerliche, weil freiwillige Anpassung an die konfiskatorischen Liquidationsbestimmungen des Versailler Vertrages.

5. Der materielle Verzicht stellt eine Form der Enteignung dar. Aus diesem und aus anderen Gründen bedarf das Abkommen der Genehmigung durch den Reichstag.

6. Diese Genehmigung kann nur mit verfassungsändernder Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs erteilt werden, weil die im Abkommen enthaltene Enteignung die Verfassung (Art. 153 Abs. 2 Satz 1) verletzt.

7. Kommt die Genehmigung zustande, so ist das Reich entschädigungspflichtig.

8. Bei der Bemessung der Entschädigung ist nicht nur der enteignete Liquidationsanspruch, sondern auch der durch die Enteignung selbst zugefügte Schaden zu berücksichtigen.“

Die Annahme im Reichsrat.

Berlin, 14. März. Der Reichsrat beschäftigte sich Donnerstag vormittag mit den Reichstagsbeschlüssen zum Young-Plan und zu den Liquidationsverträgen; er nahm sie zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben.

Dieser Beschluß wurde beim Young-Plan mit 42 gegen 5 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg und Pommern) bei Stimmenthaltung der Länder Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin gefaßt, beim Polenabkommen mit 35 gegen 10 Stimmen (Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz) bei Stimmenthaltung der Länder Bayern, Sachsen, Oldenburg, Bremen und der Provinz Niederschlesien.

Die vom Reichstag auf Antrag der Regierungsparteien beschlossene Dringlichkeit der Young-Gesetze wurde mit 42 gegen 5 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg und Pommern) bei Stimmenthaltung der Länder Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin ebenfalls gebilligt.

„Nur mit geringer Mehrheit.“

Wie wir bereits kurz berichtet haben, hatten sämtliche Oppositionsparteien im Deutschen Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Verkündung der Young-Gesetze um zwei Monate ausgesetzt werden soll. Für diesen Antrag der Oppositionsparteien auf Aussetzung der Verkündung der Young-Gesetze stimmten am Mittwoch 173 Abgeordnete, dagegen 289. Da das für die Aussetzung der Verkündung erforderliche Drittel der Stimmen damit erreicht war, beantragten die Regierungsparteien, die Young-Gesetze für dringlich zu erklären. Dieser Antrag wurde mit 283 gegen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilt, stellt es nun Art. 72 der Deutschen Reichsverfassung, wenn trotz verlangter Aussetzung der Verkündung Reichstag und Reichsrat mit Mehrheit die Dringlichkeit der Gesetzesvorlagen beschließen, in die Hand des Reichspräsidenten, ob er gleichwohl verkünden oder ob er von seinem allgemeinen Rechte Gebrauch machen will, gegen jedes von dem Reichstag beschlossene Gesetz den Volksentscheid zu veranlassen.

„Es ist bekannt, so schreibt der „Berl. Lokalanz.“ weiter, daß Reichspräsident v. Hindenburg gegenüber dem Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning vorgestern erklärt hat, „eine Annahme des Young-Plans nur mit einer geringen Mehrheit würde ihn vor die Frage stellen, ob der Young-Plan erneut zum Volksentscheid gestellt werden solle“. (Wörtlich nach einem von Dr. Brüning der Zentrumspresse zur Verfügung gestellten Bericht.) Danach hat also der Reichspräsident selbst eine große, eine „nicht geringe“ Mehrheit als wesentlich für seine Entscheidung bezeichnet. Wie sieht es nun um die Größe der Mehrheit aus? Die Gesetze zum Neuen Plan sind mit 265 Stimmen, das Liquidationsabkommen mit Polen ist mit 235 Stimmen angenommen worden. Abermals: der Reichstag zählt 490 Abgeordnete. Die Hälfte der Stimmen ist demnach 245. **Wie man sieht, ist auch gestern die „Mehrheit“, die den Polenvertrag angenommen hat, keine Mehrheit der Abgeordneten; sie beträgt vielmehr nur 48 Prozent. Die Mehrheit, die sich für den Neuen Plan zusammengefunden hat, beträgt 54 Prozent der Abgeordneten.** Damit steht fest:

Das vom Herrn Reichspräsidenten als wesentlich für seine Entscheidung bezeichnete Erfordernis, daß eine „nicht geringe Mehrheit“ die fraglichen Gesetze annehmen müsse, ist nicht erfüllt worden.“ —

*

Nicht wider das Gewissen...

Bei den Abstimmungen über Young-Plan und Polen-Abkommen haben es eine große Anzahl von Abgeordneten auch der Regierungsparteien mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, der Parole ihrer Partei zu folgen. So haben

beim Young-Plan

vom **Zentrum** die Abgeordneten Borneseld-Ettmann, Feilmayr und Dr. Föhr mit Nein gestimmt. Von der **Deutschen Volkspartei,** die im übrigen dafür gestimmt hat, haben sich die Abgeordneten v. Gilsa, Günther, Hueck und Köngeter an der Abstimmung nicht beteiligt. Von der **Bayerischen Volkspartei,** die im allgemeinen mit Nein gestimmt hat, hat der Abgeordnete Dr. Bayersdörfer mit Ja gestimmt, während sich die Abgeordneten Emminger, Leicht und Troßmann der Stimme enthielten.

Beim Polenvertrag

haben vom **Zentrum** 16 Abgeordnete gegen das Abkommen gestimmt, und zwar die Abg. Beck-Oppeln, Blum, Borneseld-Ettmann, Damm, Diez, Erhardt, Fahrenbrach, Dr. Föhr-Baden, Hermes, Imbusch, Dr. Köhler, Neumann Perlitius, Dr. Schetter, Ulitzke und Warnke. Der Stimme enthalten haben sich vier Zentrumsabgeordnete, und zwar die Abgeordneten Crone-Münzebrock, Dr. Drees, Feilmayr, Schlack und Wilkens. Die übrigen Zentrumsabgeordneten stimmten für das Abkommen. Von der **Bayerischen Volkspartei** haben sich die Abgeordneten Dr. Leicht und Emminger der Stimme enthalten. Alle übrigen stimmten mit Nein. Von der **Deutschen Volkspartei** hat sich der Abgeordnete Dr. Becker-Hessen der Stimme enthalten. Der Abgeordnete Dr. Hugo fehlte. Gegen das Polen-Abkommen stimmten die neun Abgeordneten Cramm, v. Gilsa, Dr. Hoff, Dr. Hueck, Janson, Dr. Köngeter, Dr. Leutheusser, Schmid-Düsseldorf und Dr. Schnee. Die übrigen Mitglieder der Deutschen Volkspartei stimmten für das Abkommen.

Hindenburg an das deutsche Volk.

Seid einig, einig, einig!

Berlin, 14. März. Aus Anlaß der Unterzeichnung der vom Reichstag beschlossenen und nunmehr auch vom Reichsrat gebilligten Young-Gesetze, die der Reichspräsident am Donnerstag mittag vollzogen hat, wendet sich der Reichspräsident von Hindenburg mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk:

„Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Überzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der Neue Plan dem Deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet. **Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar sein und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden.** Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Young-Planes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiet die langersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers, Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Hierauf erwidere ich:

Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegensätze hervorgerufen und die von mir von jeher so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande stark erweitert hat. Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Überwindung des Trennenden und Gegensätzlichen zusammenzufinden in gemeinsamem Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Linderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenzen der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen. Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung beseelte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat. Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: „Deutschland über alles!"

Vertagung der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens.

Warschau, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsch-polnische Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland trat gestern unter dem Vorsitz des polnischen Delegationsführers Twardowski zu einer Sitzung zusammen, in der man sich über den endgültigen Text des zu unterzeichnenden Wirtschaftsabkommens einigte. An der Sitzung nahmen auch Außenminister Zaleski sowie der polnische Gesandte in Berlin Knoll teil.

Die Unterzeichnung des Abkommens wurde jedoch noch zurückgestellt, bis Reichspräsident von Hindenburg das vom Reichstag beschlossene und vom Reichsrat gebilligte deutsch-polnische Liquidationsabkommen unterzeichnet haben wird.

Die Wahlen in Schlesien.

Die Wahlen in Ost-Oberschlesien — am 11. Mai.

Warschau, 13. März. Im heutigen „Dziennik Ustaw" wird die Verordnung des Präsidenten der Republik veröffentlicht, nach welcher die Wahlen zum Schlesischen Sejm am 11. Mai dieses Jahres stattfinden sollen.

Vor der Demission.

Das Mißtrauensvotum gegen Prystor und Czerwiński. — Wer ist der neue Mann? Matuszewski, Slawek oder Bartel VI.?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 14. März. Die mit großer Spannung erwartete Sejmsitzung, in der über die **Mißtrauensanträge gegen die Minister Prystor und Czerwiński** abgestimmt werden wird, beginnt heute um 12 Uhr mittags. Es ist zur Kenntnis der Sejmkreise gelangt, daß Ministerpräsident Bartel noch vor der Abstimmung das Wort ergreifen und **sich mit diesen beiden Ministern solidarisch erklären wird.** Man glaubt, daß auch einige andere Minister das Wort nehmen werden.

Was den Mißtrauensantrag gegen den Minister Prystor betrifft, so rechnet man damit, daß außer der PPS, der Wyzwolenie und der Bauernpartei — die NPR, „Piast", die Christlichen Demokraten, die Korfanty-Gruppe und der Nationale Klub für den Antrag stimmen werden, was insgesamt 207 gegen 139 Stimmen der BB, der BBS und etwa vielleicht noch des Jüdischen Klubs ausmachen würde. Dabei wurden die Stimmen der deutschen und slawischen nationalen Minderheiten, die sich dem Mißtrauensvotum anschließen dürften, nicht hinzugerechnet. Der Sturz Prystors wird aber überaus effektvoll erfolgen.

*

Eingeweihte wollen wissen, daß vor der Senatsrede Bartels gegen den Parlamentarismus noch Aussichten dafür bestanden, ungeachtet der Anstürme gegen Prystor und Czerwiński an dem bisherigen modus vivendi zwischen der Bartel-Regierung und der Zentro-Linken noch einige Zeit festzuhalten. Die Senatsrede Bartels machte allen Anwandlungen, die nächste Entwickelung der Dinge mit Gelassenheit zu betrachten, ein jähes Ende. **Jetzt gibt es weder für die Sejmopposition noch für Bartel ein Zurück.**

Es dürfte schwer sein, eine Möglichkeit der Vermeidung einer offenen Regierungskrise ausfindig zu machen. Da dieses akute Stadium unmittelbar bevorsteht, stellt man sich in politischen Kreisen die Frage, wie sich die Krise vermutlich weiter abspielen werde. Von mancher Seite wird schüchtern angenommen, daß der Staatspräsident die Mission der Bildung eines neuen Kabinetts entweder dem Leiter des Finanzministeriums Matuszewski oder dem Obersten Slawek übertragen werde. Die überwiegende Ansicht ist aber die, daß hier wiederum ein Trick der Bartelschen **Schlauheit vorliege,** der dazu führen könne, **daß nach dem Rücktritt des 5. Bartel-Kabinetts Prof. Bartel gleich wieder beauftragt werden würde, ein neues, also das 6. Bartel-Kabinett zu bilden.**

Czerwiński verteidigt seine Schulpolitik.

Warschau, 13. März. (PAT.) In der Aussprache über den Etat des Ministeriums der religiösen Bekenntnisse und öffentlichen Bildung, die am Mittwoch im Senat stattfand, ergriff u. a. auch der **Kultusminister Czerwiński** das Wort, um auf die im Laufe der Diskussion erhobenen Vorwürfe zu antworten. Er erklärte, daß es in dem von ihm geleiteten Ministerium keine Offensive gegen die religiöse Erziehung gebe. Wenn man einigen Schulen das Öffentlichkeitsrecht genommen habe, so sei daran nur das niedrige Unterrichtsniveau dieser Schulen schuld gewesen. Weiter stellte der Minister fest, daß man Lehrer nicht aus politischen Gründen entlassen habe. (Diese Behauptung gestatten wir uns zu bestreiten, Herr Minister! D. R.)

Wenn es sich, so sagte Herr Czerwiński, um die Offensive des Ministeriums gegen die religiöse Erziehung handelt, so sei gerade das Gegenteil der Fall. Bei der gegenwärtigen Lage sei es schädlich, religiöse Reibungen hervorzurufen und daher sei er bemüht, es nicht dazu kommen zu lassen. Als eine seiner Pflichten halte er aber den Kampf gegen die für den Staat und das Volk schädlichen Einflüsse auf die Jugend.

Der Zusammenbruch in London.

Das Ende der Seeabrüstung — Der Todeskampf der Labour-Regierung.

(Londoner Brief der „Deutschen Rundschau")

Das politische London befindet sich im Zustand der Auflösung. Die Seeabrüstungskonferenz ist nicht mehr zu retten, und ob die Labour-Regierung zu retten ist, erscheint mehr als fraglich. Vielleicht zählt die Labour-Regierung in dem Augenblick, wo diese Zeilen in Druck erscheinen, nicht mehr zu den Lebenden, vielleicht ist das erst im Juni des vergangenen Jahres gewählte Unterhaus bereits aufgelöst, oder steht unmittelbar vor seiner Auflösung — auf jeden Fall herrscht in den politischen Kreisen Londons eine Erregung, wie sie nur in den Katastrophentagen denkbar ist.

Der große Trumpf Macdonalds, die Seeabrüstung, gilt hier allgemein für ausgespielt. **Aus der Verminderung der Rüstungen wird nichts.** Man beschäftigt sich ausschließlich noch mit der undankbaren Aufgabe, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, und wenigstens die Konferenz selbst nicht auffliegen zu lassen. Der Schein soll gewahrt werden. Zwar ist die Konferenz gegenstandslos geworden, zwar hat sie das Gegenteil dessen erreicht, was sie erreichen wollte — sie hat nämlich der Aufrüstung den Weg freigemacht —, aber die Konferenzmitglieder wollen höflich bleiben. Sie wollen es nicht zu einem offenen Konflikt kommen lassen, ja sie wollen nicht einmal die allgemeine gegenseitige Unzufriedenheit zugeben. Das alles erst wird sich zeigen, nachdem man schon auseinander gegangen ist. Vorderhand „arbeitet" die Konferenz weiter.

Noch vor wenigen Tagen hat Macdonald in einer Radiobotschaft an Amerika stolz erklärt, es gehe alles auf der Konferenz allright, die „Vorbesprechungen" wären zu Ende, man sei in ein entscheidendes Stadium getreten und segele hoffnungsfroh dem großen Triumph entgegen. Aber der englische Ministerpräsident hat es besser gemeint, als es in der Tat war. Schon am nächsten Tag nach seinem Rundfunkvortrag schlug die Bombe ein! Allen, die sehen wollten, wurde klar, daß die Sache der Seeabrüstung endgültig verloren sei, welche Beschlüsse man auf der Konferenz auch fassen möge. **Die französische Forderung nach neuen Sicherheitsgarantieen wurde von Amerika und folglich auch von England abgelehnt.** Hiermit war äußerlich das Zeichen dafür gegeben, daß selbst das Mindestprogramm der Konferenz nicht eingehalten werden kann. Aber schon dieses Mindestprogramm selbst bedeutete keine Abrüstung, sondern eine Aufrüstung. Es ist daher schwer begreiflich, woher diese Aufregung über eine Tatsache kam, die bereits vor längerer Zeit offensichtlich und nur für Fernstehende halb verdeckt war. Jetzt kann sich Herr Briand um eine Kompromißform bemühen, soviel er will. Das tatsächliche Fiasko der Konferenz ist besiegelt.

Was die Regierung Macdonald betrifft, so stand dieses Ministerium, das schon lange von der Mutlosigkeit der Mehrheit des Parlaments lebte, am Rande des Abgrunds. Der Kampf um klare Mehrheitsverhältnisse im neuen kommenden Unterhaus ist unvermeidlich. Die einzige Aufgabe der Regierung Macdonalds, die bekanntlich eine Minderheitsregierung ist, war, eine Situation zu schaffen, in der sie mit eigenem Vorteil das Unterhaus auflösen und Neuwahlen ausschreiben könnte. Sollte nun das neue Unterhaus eine absolute Mehrheit der Labour-Party bringen, dann wäre der große Augenblick da, das sozialistische Programm des Labour widerstandslos zur Geltung zu bringen. Bisher gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, daß es der Labour-Party gelingen wird, bei den Neuwahlen einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Die anfänglichen außenpolitischen Erfolge Macdonalds erwiesen sich als illusorisch. Das energische Auftreten Snowdens auf der ersten Haager Konferenz lieferte ausschließlich den Beweis dafür, daß der Schatzkanzler der Labour groß in kleinen Dingen sein kann. Mit dem Programm der Labour-Regierung hatte dies nichts zu tun und blieb darum ohne jeglichen praktischen Wert. Dagegen entwickelte sich die innerpolitische Situation Englands immer mehr zu Ungunsten des Ministeriums Macdonald. Es war vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit, bei deren Bekämpfung sich die Labour-Minister als nicht gescheiter gezeigt haben als ihre konservativen Vorgänger. Auch die Bergbaureform, auf die das Labour vieles aufbaute, erwies sich als eine harte Nuß. Der klare Mißerfolg der Seeabrüstungskonferenz hat nun die innerpolitischen Mißerfolge der Labour-Regierung in einem neuen Lichte erscheinen lassen. Unter diesen Umständen ist es nur die Spaltung der Konservativen und der Liberalen, auf welche die Labour-Party ihre Zukunftshoffnungen setzt. So niedrig ist der Kurs der Labour-Party bereits gefallen.

In den Tagen, in denen der deutsche Parlamentarismus eine schwere Kraftprobe zu bestehen hatte, in den Tagen, da auch Frankreich die Erfahrung machen mußte, daß auch sein Parlament nicht weiß, was es will, zeigt sich auch in England, diesem altbewährten Land der parlamentarischen Tradition, daß dort ein Auflösungsprozeß droht. Die tragikomische Bildung der vierten Partei Beaverbrooks und Rothermeres, der Zwist im Lager Lloyd Georges und der Existenzkampf der Labour-Regierung beweisen, **daß das Inselreich vor wichtigen Entscheidungen und vor großen Ereignissen steht.** T.

Am Ende der Geduld.

Deutsch-russische Spannung.

Der „Vorwärts" meldet aus Berlin: Vor wenigen Tagen hatte Reichsaußenminister Dr. Curtius mit dem **russischen Botschafter in Berlin Krestinski** eine Aussprache über die bolschewistische Propaganda in Deutschland. Dr. Curtius ließ den Botschafter in **keinem Zweifel darüber,** daß die Reichsregierung in **Zukunft zwischen den Äußerungen** und Handlungen der Komintern und denen der russischen Regierung keinen Unterschied mehr machen und die russische Regierung künftighin für Äußerungen und Handlungen der Komintern verantwortlich machen werde.

Wie das Wolffsche Bureau von zuständiger Seite erfährt, ist die Meldung in dieser Form nicht richtig. Richtig ist, daß eine Unterredung zwischen Dr. Curtius und dem Sowjetbotschafter stattgefunden hat, bei der sämtliche Punkte besprochen wurden, die zu Schwierigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der Sowjetregierung geführt haben. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

•

Im Zusammenhange mit der Konferenz zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem Botschafter Krestinskij wird in parlamentarischen Kreisen versichert, daß Krestinskij eine Erklärung abgegeben haben soll, nach **welcher der Komintern seinen Kurs gegenüber Deutschland ändern werde,** um so mehr, als die kommunistische Aktion auf dem Gebiet Deutschlands keine Aussichten auf ein Gelingen habe. Krestinskij habe dabei wiederholt betont, daß zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Komintern angeblich kein Zusammenhang bestehe. (Wer glaubt daran? D. R.)

•

Heftige Äußerungen der „Iswestija".

Eine Anfrage, welche die demokratische Fraktion im Reichstag wegen des Zusammenhanges der deutschen Kommunistenpartei mit der Komintern und der Sowjetregierung gestellt hat, wird von der „Iswestija" als provokatorisch, unverantwortlich und sowjetfeindlich bezeichnet. Derartige sowjetfeindliche Vorstöße im Reichstag hätten ein ganz anderes Gewicht, als ähnliche Angriffe in England oder Polen, wo sie keine neue politische Situation schaffen, während sie in Deutschland einen Beweis für eine Neuorientierung der deutschen Bourgeoisie bilden. Niemand könne glauben, daß die demokratische Reichstagsfraktion die Sowjetregierung für die Tätigkeit der deutschen Kommunisten ernsthaft verantwortlich mache, wenn auch die deutsche Partei der Komintern angehöre. Man könne in Moskau derartige Angriffe nur als bewußte Vorstöße gegen die deutsch-russischen Beziehungen und die bestehenden deutsch-russischen Verträge ansehen. Moskau müsse auch von diesem Gesichtspunkte aus seine Folgerungen ziehen.

Deutsches Reich.

Die Generalsynode fordert den Staatsvertrag.

Die gegenwärtig in Berlin tagende Generalsynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union hat zur Frage des evangelischen Staatsvertrages einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Generalsynode stellt mit tiefem Bedauern fest, daß entgegen ihrer nachdrücklichen Forderung im Juni 1929 der Preußische Staat mit der Kurie einen Vertrag zum Abschluß gebracht hat, ohne gleichzeitig die evangelischen Kirchen zu sichern. Dadurch ist ein mit den Grundsätzen der Parität nicht vereinbarer Zustand geschaffen.

Die Generalsynode stellt mit Bedauern weiter fest, daß die Preußische Regierung nach Abschluß des Konkordates zwar unverbindliche Besprechungen mit der evangelischen Kirche geführt, die offiziellen sachlichen Verhandlungen aber erst jetzt, sieben Monate nachher, eröffnet hat.

Die Generalsynode hält es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen staatlichen Stellen nunmehr die Verhandlungen im Interesse der Parität und der auch für den Staat wesentlichen Befriedung zu einem baldigen Abschluß führen. Sie fordert, daß dabei die Interessen der Kirche gewahrt werden, ihr ein voller Rechtsschutz gesichert und ihre Freiheit im Staate, wie sie der Reichsverfassung entspricht, gewährleistet wird.

Demokratische Absplitterungen?

Der Bremer „Weserzeitung" wird aus Berlin gemeldet: Infolge der jetzigen Krisis konnte es nicht ausbleiben, daß im Reichstag fortgesetzt Gerüchte über Absplitterungen verbreitet werden. Das neueste Gerücht beschäftigt sich mit der demokratischen Fraktion, in der angeblich die Abgeordneten Hummel, Tantzen, Fischer-Köln und Koch-Weser erklärt haben sollen, daß sie im Zusammenhang mit der Mandatsniederlegung von Prof. Hellpach nicht in der Lage seien, ihre Mandate zu behalten, wenn die demokratische Fraktion sich der Weimarer Koalition anschließe. Es ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß diese Abgeordneten mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Steuersenkungen sich sehr stark der Auffassung der Deutschen Volkspartei über die Steuerfragen genähert hatten.

Der polnische Hausbesitz im Deutschen Reich.

Aus Berlin wird der „Polonia" gemeldet:

Nach der Statistik geht der Besitzstand der Ausländer in Deutschland weiter zurück. Von 2,8 Millionen Häusern, die in Deutschland im Jahre 1927 waren, befanden sich in fremden Händen noch 30 870, das sind 1,34 Prozent. In Berlin selbst betrug die Zahl der Ausländern gehörenden Häuser 8913, das sind 8 Prozent des allgemeinen Besitzstandes. Den ersten Platz unter den ausländischen Hausbesitzern nehmen polnische Staatsangehörige ein, die 21 Prozent des ausländischen Besitzes in ihren Händen haben. In den Jahren 1924 bis 1927 sind 4000 Häuser in deutsche Hände übergegangen, in den letzten zwei Jahren schätzungsweise 3000, wobei polnische **Staatsangehörige die Hälfte der ihre Häuser verkaufenden Ausländer darstellen.**

Pommerellen.

14. März.

Graudenz (Grudziądz).

× **Wie der kommissarische Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde** bekanntgibt, ist der Haushaltsvoranschlag dieser Gemeinde in der Zeit vom 13. bis zum 20. März d. J. in der kleinen Synagoge für die Gemeindemitglieder zur Einsicht ausgelegt. *

× **Der Wasserstand der Weichsel** hat sich in den letzten acht Tagen um dreiviertel Meter gehoben, so daß er Donnerstag früh 1,26 Meter betrug. Die Sandbänke, die seit Monaten bereits für uns einen gewohnten Anblick darboten, sind jetzt infolge des Anwachsens des Wasserspiegels unter dessen Oberfläche gesunken. Für die Schiffahrt, die ja nun wieder immer mehr in Betrieb treten wird, kommt die hoffentlich nicht allzuschnell wieder vorübergehende Verbesserung des Fahrwassers recht gelegen. *

× **Ausbau der Maschinenbauschule in Graudenz.** Dieser Tage weilte eine aus dem Direktor und mehreren Lehrern der hiesigen Maschinenbauschule bestehende Kommission in Warschau und unterbreitete dem Unterrichtsminister Czerwiński einige Wünsche in der Richtung der Erweiterung der Maschinenschulbaulichkeiten. Der Minister sagte zu, die Hauptnotwendigkeiten in dieser Hinsicht zu befriedigen, nämlich die Herstellung einer Werkstatthalle bei der Schule zu erwirken. Mit dem Bau einer solchen Einrichtung soll noch mit Beginn der diesjährigen Bausaison der Anfang gemacht werden, so daß die Halle möglichst noch mit Beginn des neuen Schuljahres in Benutzung genommen werden kann. *

× **Gegen die Zurückziehung der Steuererleichterungen** protestierten in einer am Dienstag in Graudenz stattgefundenen Versammlung sämtliche Vorsitzenden der über 30 pommerellischen Vereine des Verbandes der selbständigen Kaufleute und Klubs der Kleinkaufleute. Es wurde eine Resolution angenommen, in der dem lebhaften Bedauern über die Stellungnahme der Regierung in dieser Angelegenheit Ausdruck gegeben, ferner gesagt wird, daß zwar die Vorsitzenden der Vereine sich bemühen würden, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, daß die Versammlung aber andererseits die Verpflichtung in sich fühle, den Kampf um die Gewerbeumsatzsteuer öffentlich auszutragen. *

× **Straßenunfall.** In der Schützenstraße (Marszałka Focha) wurde am Mittwoch nachmittag der Stellmacherlehrling Willy Eckert aus Kobylanken (Kobylanki)= Kreis Culm, von dem Auto P. Z. 41 920 angefahren und mit seinem Faahrrde zu Boden gerissen. Während der junge Mensch keine Verletzungen erlitt, wurde das Rad stark beschädigt. *

× **Vor einem Schwindler,** der leichtgläubige Leute aufs Korn nimmt und sie gehörig rupft, muß hiermit eindringlich gewarnt werden. Der Mann, einfach aussehend, nach Arbeiterart gekleidet, besucht Familien, von denen er auf irgend eine Weise erfahren haben muß, daß sie in einer Lotterie spielen. Letzthin kam der Gauner zu mehreren Leuten, welche die sog. Miljonówka besitzen, und machte ihnen die freudige Mitteilung, sie hätten einen erheblichen Gewinn gemacht. Er ließ dann die, wie man sich denken kann, überaus frohgestimmten und in dieser Verfassung um so leichter zu neppenden Leutchen einen Schein unterschreiben, der nötig sei, um den Gewinn zu erhalten. Ahnungslos unterzeichneten die „glücklichen Gewinner" das Papier, worauf dann der dreiste Gauner für seine bisherigen Bemühungen und die weiter von ihm zu unternehmenden Schritte eine Vergütung forderte und auch einheimste. Es handelt sich um Beträge von 15, 30 und mehr Złoty. In einem Falle soll es dem Mann gelungen sein, sogar mehrere hundert Złoty zu erschwindeln. Eine Reihe von Anzeigen ist bereits bei der Kriminalpolizei eingelaufen. Man sei vor dem geriebenen Patron — es ist auch nicht ausgeschlossen, daß mehrere Leute dies Geschäft betreiben — auf der Hut. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** stieg in den letzten 24 Stunden um 30 Zentimeter und betrug Donnerstag früh 1,38 Meter über Normal. Er scheint bereits wieder zurückzugehen. **

‡ **Der Neubau einer Gasanstalt,** der wegen der ungünstigen Lage der jetzigen im Zentrum der Stadt bereits vor dem Kriege geplant war, scheint nun näher zu rücken. Wie wir erfahren, hat der Ministerrat der Stadt die Erlaubnis erteilt, Gelände für den Neubau zu enteignen. Die Gasanstalt soll an der Leibitscher Chaussee (Jakobsvorstadt) errichtet werden. **

t **Zusammenstoß.** Auf der Leibitscher Chaussee zwischen der Stadt und Bielawy fuhr ein Auto auf das Fuhrwerk des Besitzers Gołębiewski aus Gramtschen hiesigen Kreises auf, wobei die Tochter des Besitzers auf die Erde geschleudert wurde und verschiedene Verletzungen erlitt. Der Wagen selbst wurde auch beschädigt. **

t **Leichenfund.** Am Mittwoch gelang es einem Fischer aus Pensau hiesigen Kreises, die Leiche eines etwa 40—50-jährigen Mannes aus der Weichsel zu bergen. Der Kleidung nach zu schließen handelt es sich bei dem Toten um einen dem Arbeiterstande angehörigen Mann. Die Leiche war bereits sehr stark in Verwesung übergegangen. **

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Gegen die **Umsatzsteuer.** Mit diesen Worten beginnt ein Aufruf, den die Thorner Kaufmannschaft, die Wirtschaftsverbände usw. an ihre Mitglieder zur Teilnahme an einer am Sonntag, 16. März, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des „Artushofs" stattfindenden Protestversammlung gegen die Umsatzsteuer erlassen haben. Das Erscheinen aller wird vorausgesetzt. (3453 **

Morgen, Sonntag, nachm. 3½ Uhr, im Dt. Heim: Zum letzten Male: „Der Schildpattkamm" von R. Keßler. Wer ein paar äußerst heitere Stunden verleben will, versäume nicht, dieses Lustspiel anzusehen. Ermäßigte Preise! Eintrittskarten bei Justus Wallis, Szeroka 34, und ab 2½ Uhr an der Theaterkasse. (3329 **

ch. **Konitz** (Chojnice), 13. März. Gestern um 9 Uhr vormittags fand im Sitzungssaale des Starosteigebäudes eine Kreistagssitzung statt. Zunächst wurden die Herren Kaletta, Steinhilber und Konitzer in die Protokollkommission gewählt. Der Starost Dr. Rzoska leitete dann in längerer Ansprache die Beratung über das Budget ein. Der Redner führte in humoristischer Weise aus, daß die Beratungen durch die Artikel des „Dziennik Pomorski" sehr erleichtert würden, da in dieser Zeitung das ganze Budget kritisiert und sogar damit gedroht wurde, daß jedes Mitglied öffentlich in der Zeitung angegriffen werde, sofern es nicht für die von der Redaktion empfohlenen Abstriche eintreten würde. Mehrere Redner erklärten mit Nachdruck, daß dieser Artikel eine Beleidigung des Kreistages bedeute. Eine derartige Bevormundung lehnt der Kreistag entschieden ab. Der Starost ging dann auf den weiteren Inhalt des Artikels ein. der die Tätigkeit des Starosten bemängelt und widerlegte die vielen Behauptungen dieses Blattes. Es wurde u. a. im Laufe der Debatte bemerkt, daß der „Dziennik Pomorski" wiederholt in unerhörter Weise die Bürger deutscher Nationalität beschimpft habe, daß dieses nationaldemokratische Blatt jedoch wegen seiner ganz geringen Auflage von unbedeutendem Ansehen ist. — Das Budget balanciert mit 1 087 600 Złoty. Das vorgelegte Budget wurde mit den dazu gehörigen Steuern, die die gleichen wie im Vorjahre geblieben sind, unverändert angenommen. Die Sitzung dauerte sieben Stunden.

h. **Gollub** (Golub), 13. März. Geldschrankknacker statteten in der vorigen Woche der hiesigen „Bank Ludowy" einen Besuch ab. Es war ihnen bereits gelungen, in die Stahlwan. des Geldschrankes einen Schnitt von ¾ Meter Länge zu machen. Weiter kamen sie jedoch nicht, denn sie hörten plötzlich nahende Schritte. Zufällig ging dort in dem Augenblick der Bankleiter vorüber und verscheuchte die Einbrecher

d. **Stargard** (Starogard), 13. März. Eine verstümmelte männliche Leiche fand gestern ein diensttuender Eisenbahnbeamter unweit Pisienice auf dem Bahndamm. Es stellte sich heraus, daß der Student G. Hirsz aus Warschau aus der Irrenanstalt Konradstein entlaufen war und Selbstmord beging, indem er sich vor einen Schnellzug warf.

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 15. bis 23. **März** zu unseren **Post-Abonnenten,** um den Abonnementsbetrag für das 2. Quartal oder für den Monat April in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche **Weiterlieferung der Zeitung.**

h **Strasburg** (Brodnica), 12. März. Ausschreibung. Das hiesige staatliche Hochbauamt (Państwowy Urząd Budownictwa Naziemnego w Brodnicy) schreibt den Bau eines Gehöfts für das Zollamt in Schönwiese (Krasnołąka) Kreis Soldau aus. Offertenformulare sind a zum Bau des Zollamts- und Wirtschaftsgebäudes zu 8 Złoty, b zum Bau eines gebohrten Wasserbrunnens zu 1,50 Złoty, c zur Ausführung der Erd- und Pflasterungsarbeiten zu 2,50 Złoty und d zur Herstellung von Kloakengruben zu 1 Złoty im Bureau erhältlich. Offerten, verschlossen, versiegelt und mit der Aufschrift: Krasnołąka oferta do przetargu na... bezeichnen für welche Arbeit die Offerte bestimmt ist ...w dniu 20 marca 1930 odbyć się mającego sind spätestens bis zum 20. d. Mts. mittags 12 Uhr einzureichen, wo dann das Öffnen der Offerten erfolgt. Jeder Offerte ist eine Quittung über eine in der Finanzkasse niedergelegte Kaution in bar oder Wertpapieren, die 5 Prozent der offerierten Summe ausmacht, beizufügen.

w **Soldau** (Działdowo), 12. März. Der am gestrigen Tage hierselbst stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt war gut besucht. Der Auftrieb von Rindvieh war reichlich. Die Kauflust war recht groß. Es wurden folgende Preise gezahlt: I. Sorte hochtragende und frischmilchende Kühe 450—650, II. Sorte 350—440, III. Sorte 270—340 Złoty, Färsen tragend 300—350, Färsen nicht tragend 220—290 Złoty je nach Qualität. Kälber 1½jährig brachten 150—200 Złoty. Fettvieh wurde mit 55—60 Złoty pro Zentner Lebendgewicht bezahlt. Der Auftrieb von Pferden war sehr groß, die Preise niedrig. Auf dem Krammarkt herrschte großer Betrieb, so daß Verkäufer und Käufer auf ihre Rechnung gekommen sein dürften. — Dem Besitzer Lukas aus Borchertsdorf hiesigen Kreises wurden 200 Złoty aus der Tasche gestohlen, während einer Frau 500 Złoty entwendet wurden. In diesem Falle wurde der Dieb bemerkt und die Menge warf sich voller Wut auf den angeblichen Täter, der verprügelt wurde. Leider war es ein Unschuldiger, den man ergriffen hatte. In dem allgemeinen Durcheinander war der eigentliche Dieb spurlos entkommen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 13. März. Eine Frau zum Tode verurteilt. Vor dem Geschworenengericht in Wadowice kam der Prozeß gegen Katarzyna Wrobel zum Abschluß, die im vorigen Jahre ihren Mann vergiftet hatte. Das Gericht verurteilte die Wrobel zum Tode durch den Strang, ihren Liebhaber, Stanisław Walasek, der in die Mordgeschichte verwickelt ist, zu zwei Jahren schweren Kerkers. Die Verteidiger der Verurteilten legten gegen dieses Urteil Berufung ein.

* **Lodz,** 13. März. Eine furchtbare Bluttat wurde in der Nacht zu Mittwoch im Hause Radwanska 47 verübt. Dort wohnt im zweiten Stockwerk seit langer Zeit die nicht

unvermögende Familie Hylinski, deren zwei Töchter verheiratet sind. Die ältere wohnte mit ihrem Manne Malaniak in Widzew und die jüngere bei den Eltern. Seit einiger Zeit war das Verhältnis Malaniaks zu seinen Schwiegereltern ein sehr gespanntes, da er mit der Mitgift seiner Frau nicht zufrieden war und vom Schwiegervater mehr verlangte. Aus diesem Grunde war es schon des öfteren zwischen Schwiegervater und -sohn zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Vorgestern abend kam nun Malaniak, nachdem er einige Glas Schnaps zu sich genommen hatte, nach der Wohnung seines Schwiegervaters, brachte eine Flasche Schnaps mit und äußerte die Absicht, daß er sich mit seinem Schwiegervater aussöhnen wolle. Anfänglich schien auch alles in bester Ordnung, als es gegen 1 Uhr nachts wieder zu einem Streit kam. Malaniak, der stark betrunken war, stieß die Drohung aus, daß er seine Frau ermorden werde, wenn ihm der Schwiegervater nicht das gebe, was er verlange. Als er hierauf die Wohnung verließ, ging ihm der Schwiegervater nach und bat ihn, keine Dummheiten zu machen. **Plötzlich riß Malaniak einen Revolver hervor und gab auf seinen Schwiegervater einige Schüsse ab, von denen einer in die Brust traf und den sofortigen Tod des Schwiegervaters herbeiführte.** Nach der Tat hieß M. seinen Schwager die Polizei rufen. **Malaniak wurde verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.**

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 16. März 30. (Rem.)
Stadtmission Graudenz. Ogrodowa Nr. 9. Vorm. 9 Uhr: Morgen-Andacht. Nachm. ½5 Uhr Jugendbund - Stunde. — Nachm. 6 Uhr Gottesdst. Dienstag, nachm. 4 Uhr: Sternbundstunde. Abds. ½8 Uhr Gesangstunde. — Mittwoch, abds. ½7 Uhr: Andacht in Klodtken. — Donnerstag, nachm. 4 Uhr Frauenstunde, Graudenz. Abds. ½8 Uhr Bibelstunde. Freitag, nachm. 4 Uhr Kinderstunde. Abds. ½8 Uhr Gesangstunde.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 16. März 30. (Rem.)
Evgl.-luther. Kirche, Bachestr. (Strumykowa) 8 Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdst. mit Feier des hl. Abendmahls.

Das Grundproblem der Polnischen Republik.

Rede des Senators Dr. Pant vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Haushalt des Innenministeriums.

Aufgabe des Staates ist es vor allem, dem Bürger sein Leben und Eigentum zu schützen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich durch Arbeit die materielle Grundlage für seine Existenz zu schaffen. **Weiter gehört es in seinen Aufgabenkreis, die Beziehungen der einzelnen Bürger untereinander und zum Staate bezw. zu seinen Organen zu regeln,** mit anderen Worten: nach bestimmten Grundsätzen Ordnung zu schaffen und aufrecht zu erhalten. **Diese Ordnung kann geschaffen und erhalten werden**

nur auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger und der Gerechtigkeit gegenüber allen.

Wenn diese Grundsätze außer acht gelassen werden, kann es keine Ordnung und keinen Ordnungsstaat geben.

Was nun Polen anlangt, so ist es durchaus verständlich, daß ein Staat, der sich nach den Verwüstungen des Krieges aus drei verschiedenen Teilgebieten gebildet hat, nicht im Handumdrehen diese seine Aufgaben erfassen und auch erfüllen kann. Polen ist heute noch ein werdendes, aber kein fertiges Gebilde. (Marschall **Szymański**: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Polen ein schon bestehender Staat ist, und bitte Sie, darauf Rücksicht zu nehmen und nicht von Polen als einem werdenden Staat zu sprechen.") Senator **Dr. Pant**: „Wenn ich erklärt habe, daß Polen noch kein fertiges Gebilde ist, so habe ich nur die inneren Verhältnisse gemeint, die noch immer in der Entwicklung begriffen sind. Darauf müssen wir freilich bei der Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Aber eine Frage läßt sich schon heute auf Grund der bisherigen Erfahrungen klar beantworten, nämlich die, ob der Weg, den Polen bisher gegangen ist, der richtige ist, und ob er zu dem angegebenen Ziele führt, nämlich: einen lebensfähigen, gesunden, starken Organismus zu schaffen, innerhalb dessen alle Teile sich wohl und glücklich fühlen. Und die Antwort lautet, glaube ich, nein.

Da ich zum Etat des Innenministers spreche, kann ich mich in meinen Ausführungen nur auf dieses Ressort beschränken. Als Minister Skladkowski zurücktreten mußte, atmete der weitaus größte Teil unserer Bevölkerung erleichtert auf. (Marschall **Szymański**: „Ich rufe Sie zur Ordnung, weil solche unsachlichen Ausführungen sich mit der Würde des Senats durchaus nicht vereinbaren lassen." Senator **Dr. Pant**: „Ich habe das Recht, Kritik zu üben." — Marschall **Szymański**: „Das ist keine Kritik, das ist eine Beschimpfung." Senator **Dr. Pant**: „Das ist keine Beschimpfung; und ich bin überzeugt, **daß ein großer Teil auch der polnischen Bevölkerung aufgeatmet hat. Es wäre ein dankbares Thema, über den Vorgänger des jetzigen Innenministers und seine Sünden sich auszusprechen.** Doch wir huldigen dem Grundsatz „de mortuis nil nisi bene". Und da wir ihm nichts Gutes nachsagen können, so übergehen wir seine Tätigkeit mit Stillschweigen. Wir glauben aber auch nicht, daß durch einen Wechsel der Personen die Dinge besser werden.

Nicht in den Personen liegt das Übel, sondern im System,

und dieses System ist seit Bestehen der polnischen Republik immer das gleiche geblieben. Vor dem Mai 1926 waren fast ausschließlich die nationalen Minderheiten Opfer dieses Systems. Nach dem Mai 1926 haben sich die Reihen derer die auch die „Wohltaten" dieses Systems genießen müssen, bedeutend verstärkt. (Zwischenruf der BB.: „Es ist die Gleichberechtigung erfolgt". — Eine andere Stimme: „Das ist sehr heiter, reden Sie nur weiter.") Senator **Dr. Pant**: „Sowohl rechts als auch links und im Zentrum dieses Hohen Hauses sitzen unsere Leidensgenossen. (Heiterkeit.) Unter diesem Gesichtspunkt hat sich die Lage der nationalen Minderheiten in Polen durch die Zunahme der Leidensgenossen „gebessert" — trotzdem sie in Wirklichkeit die gleiche geblieben ist oder sich vielfach noch verschlechtert hat. Eine der Eigentümlichkeiten dieses Systems ist es, daß man die eigentlichen Aufgaben, zu denen der Staat und seine Organe berufen sind, außer acht läßt, dagegen sich mit Dingen belastet, die entweder noch Zeit haben, oder überhaupt nicht in den Aufgabenkreis des Staates gehören, oder den Aufgaben des Staates zuwiderlaufen.

Man baut das Dach, ohne sich um die Fundamente zu kümmern.

In diese Worte gekleidet, ist das Unhaltbare des Systems ohne weiteres einleuchtend. Aber in Wirklichkeit sind die verantwortlichen Faktoren gegenüber dieser Einsicht blind.

Das Beamten-Problem.

Die Ordnung in einem Staate hängt in erster Linie von einem guten Funktionieren des Beamtenapparates ab. Es wurde von polnischen Parteien mehrfach hervorgehoben, daß der Beamtenapparat den an ihn gestellten Anforderungen nicht entspricht. Wir können dies nur bestätigen. Aber dies liegt nicht in erster Linie an dem Mangel an tüchtigen Beamten, sondern vielfach daran, daß bei der Anstellung und Auswahl der Beamten nicht die Tüchtigkeit, nicht die Befähigung die ausschlaggebende Rolle spielt, sondern entweder die Parteizugehörigkeit, die Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Verein, diese oder jene Bekanntschaft, angebliche oder wirkliche, meist aber angebliche Verdienste, vor allem aber die wirkliche oder auch nur angegebene nationale Zugehörigkeit. Leute von Grundsätzen, Leute von geradem und ehrlichem Charakter, von gutem Willen und reinen Absichten können sich nur schwer durchsetzen oder wenn sie schon hier und da Berücksichtigung finden sollten, können sie nicht nach ihrem besten Wissen und Gewissen, nicht nach Recht und Gesetz ihr Amt verwalten, sondern nur in Hinsicht auf den Willen ihrer Vorgesetzten, der maßgebenden Parteien, die sich jeweils am Ruder befinden, mit anderen Worten: **in Hinsicht auf den Art. 116 des Besoldungsgesetzes, der noch immer wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Beamten schwebt und ihnen das Leben und ihre Amtstätigkeit vergiftet.** (Senator **Lempke**: „Der Artikel ist aufgehoben." — Senator **Dr. Pant**: „Nur auf dem Papier, in der Wirklichkeit besteht er noch immer.") Der Artikel 116, nach dem immer noch ein großer **Teil der Beamten ohne Angabe von Gründen und auch ohne Grund entlassen werden kann, bedeutet für** den Staat ein großes Unglück. Denn wenn er nicht bestünde, wäre man gezwungen, schon bei der Aufnahme der Beamten die nötige Vorsicht walten zu lassen. Man würde mit der Zeit doch einen ständigen gesunden Beamtenstand schaffen und das schwankende, unbeständige und ungewisse Elemente innerhalb des Beamtenapparates, das hauptsächlich durch den Artikel 116 hineingetragen wird, ausschalten. Das entscheidende Moment bei der Auswahl der Staatsbeamten sollten ihre geistigen und auch moralischen Fähigkeiten sein, nicht aber der Umstand, ob sie gut folgen, ob sie auf Befehl handeln können und schließlich, ob sie auch gegen den ausgesprochenen Willen aber in unausgesprochenem Sinne des Vorgesetzten Verfügungen zu treffen verstehen. Denn es ist eine besondere Eigentümlichkeit unserer Verwaltung, daß ein Beamter auch gegen das Gesetz, gegen das Recht und gegen höhere Verfügungen handeln muß, wenn es sogen. höhere Interessen, insbesondere nationale Interessen erfordern. (Zwischenruf: „Mit Recht, die nationalen Interessen sind die höchsten." — Senator **Dr. Pant**: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für dieses Zugeständnis. Das also sind eure höchsten Interessen und Recht, Gerechtigkeit und Gleichheit der Bürger, das sind nur Phrasen für das Ausland!" — Senator **Perzyński** (BB.): „Salus rei publicae suprema lex esto!" (Das Wohl des Staates ist das oberste Gesetz.) Senator **Dr. Pant**: „Worauf beruht aber das Wohl des Staates? Ich glaube, daß ich einmal den Polen eine Lektion erteilen muß, worauf das Wohl des Staates beruht, und zwar das wahre Wohl." (Marschall **Szymański**: „Ich rufe Sie zur Ordnung. Das ist hier der polnische Senat, und niemand darf hier den Polen Lektionen erteilen.") Der Zweck heiligt die Mittel, ist ein Grundsatz unserer Verwaltung, und

gegen die Minderheiten ist jedes Mittel recht.

Ein weiterer Grund dafür, daß der Verwaltungsapparat nicht so funktioniert, wie man es erwarten könnte, liegt darin, daß er überlastet ist, daß er Aufgaben zu erfüllen hat, die — wie gesagt — nicht in den Aufgabenkreis eines Ordnungsstaates gehören. **Gerade das Innenministerium und die ihm unterstellten Ämter werden insbesondere durch die Organisierung und Führung des Kampfes gegen die Minderheiten zu sehr in Anspruch genommen.** Freilich findet das Innenministerium hierbei Hilfe und Unterstützung auch von seiten der übrigen Ressorts, der Schul-, Finanz-, landwirtschaftlichen Behörden usw. Aber die Regie auf diesem Gebiete untersteht zweifellos den Verwaltungsbehörden und konzentriert sich in einer besonderen Abteilung des Innenministeriums. Wieviel Zeit und Arbeitskraft wird in diesem Kampfe unnütz vergeudet.

Denn den Kampf gegen die Minderheiten wird der Staat verlieren!

(Großer Lärm. Proteste. Zwischenrufe: Was hat das zu bedeuten? Welcher Staat führt den Kampf? 25 Jahre sind vergangen seit Wreschen, seit der Enteignung. Das ist unerhört! Marschall Szymański: „Ich rufe Sie zur Ordnung und bitte auf Ihre Worte zu achten. Wir sind im polnischen Senat.") Ich weiß nicht, wieviel Minderheiten es in Polen gibt, ob 30 Prozent oder wie in der letzten Zeit ein polnischer Gelehrter festgestellt hat — 40 Prozent. (Zwischenruf: „180 Prozent.") Aber auch 30 Prozent Minderheiten sind stärker als die 70 Prozent des Mehrheitsvolkes.

Denn auf der Seite der Minderheiten steht das Recht und die Wahrheit.

Nicht die Zahl wird entscheiden, sondern der moralische Wert. Gerade jetzt, angesichts der traurigen und gefährlichen Wirtschaftslage sollten sich die wahrhaft staatlich und patriotisch fühlenden Kreise darüber schlüssig werden, ob es nicht hoch an der Zeit ist, an die Liquidierung dieses Kampfes zu denken, indem man den Minderheiten das gibt, was ihnen nach Recht und Gerechtigkeit gebührt, was ihnen die Verfassung und die internationalen Verträge zusichern, indem man den Minderheiten vor allem das Lebensrecht im Staate zuerkennt. Dieses Lebensrecht haben wir nicht. (Beifall auf seiten der Minderheiten.)

Meine Herren von den polnischen Oppositionsparteien, Sie haben während der vergangenen vier Jahre an sich erfahren müssen, wie man es empfindet, wenn man bedrückt wird, wenn man sich wehren muß gegen brutale Gewalt. **Gegen dieses System kämpfen wir heute gemeinsam, polnische Parteien und Minderheiten.** Vielleicht mußte die Ära der „Sanacja" kommen, damit das polnische Volk nochmals Gelegenheit hat, für die Zukunft etwas zu lernen. **Und wenn die Zeit kommt, daß Sie, meine Herren von der Opposition, einen mitbestimmenden Einfluß auf die Geschicke des Landes haben, vergessen Sie nicht die Erfahrungen, die Sie jetzt gesammelt haben, wenden Sie nicht die Methoden, mit denen man Sie jetzt bekämpft, dann wieder gegen uns an, wie Sie es damals getan haben, als Sie noch die Macht in den Händen hatten.**

Am schärfsten wird der Kampf gegen

die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien

unter der Leitung des Wojewoden Dr. Grażyński geführt. Trotz der Genfer Konvention und trotz der bindenden Erklärungen, die der damalige Staatschef Josef Pilsudski gelegentlich der Unterzeichnung der Konvention am 15. Mai 1922 abgegeben hat. (Marschall **Szymański**: „Herr Senator, es gibt keinen Herrn Pilsudski, es gibt einen Josef Pilsudski oder Marschall Pilsudski, wenn in Polen von dieser historischen Persönlichkeit gesprochen wird." — Senator **Dr. Pant**: „Ich habe gesagt: der damalige Staatschef Josef Pilsudski. Übrigens glaube ich, daß wir in einer Republik leben. Oder etwa nicht? Und wir sind alle gleiche Bürger. — Zwischenruf: „Sie machen Revolution!") „Wir erklären, daß die Genfer Konvention **angenommen, ratifiziert und bestätigt ist und versprechen, daß sie genau befolgt wird."** Wir wissen, wie derartige Erklärungen und Versprechungen zu bewerten sind.

Die Wojewodschaft Schlesien besitzt nach der Verfassung **das Recht der Autonomie.** Auch dieses Recht hat man durch Auflösung des Schlesischen Sejm am 12. Februar 1929 vergewaltigt, weil nach der Verfassung binnen 75 Tagen nach Auflösung des Sejm Neuwahlen hätten stattfinden müssen. (Senator **Roman** (BB.): „Ist dadurch etwa Schlesien auf den Kopf gestellt worden?") Die neue Regierung will, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dieses Unrecht gutmachen. Es ist aber notwendig, daß die Regierung endlich einmal klar und eindeutig ihre Stellungnahme zur Autonomie der Wojewodschaft Schlesien bekannt gibt; denn wir haben den Eindruck, als ob die maßgebenden Stellen Furcht hätten, das seinerzeit vor der Abstimmung gegebene Versprechen einzulösen, und als ob man nach Mitteln und Wegen sich umsehen wollte, um das Recht der Selbstverwaltung soweit als möglich zu beschränken. Wenn bisher das so notwendige Verfassungsgesetz für die Wojewodschaft Schlesien nicht erledigt ist, so trägt daran in erster Linie die Zentralregierung die Schuld; denn sie müßte die Initiative ergreifen, sie müßte Klarheit schaffen im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus und der Befriedung der Verhältnisse in der Wojewodschaft.

Und nun einige Worte über Genf. Wir haben ein Recht, nach Genf zu gehen. Polen hat den Minderheitenschutzvertrag und das Genfer Abkommen unterzeichnet. Damit hat es auch unser Recht anerkannt, Hilfe und Schutz bei den internationalen Instanzen zu suchen, falls die durch die internationalen Verträge uns garantierten Rechte verletzt werden. Unser Weg nach Genf geht über Warschau. (Senator **Lempke**: „Über Berlin!") **Daß Warschau für unsere berechtigten Ansprüche kein Verständnis hat, ist nicht unsere Schuld.** (Senatorin **Bramowska**: „Haben wir es zu dem Fall Jakubowski kommen lassen?"*) **Das Material für unsere Beschwerden in Genf liefern uns die polnischen Behörden. Geben Sie uns unser Recht, wir werden uns glücklich fühlen, daß wir dann Grund haben, vom Völkerbunde keinen Gebrauch machen zu müssen. Vernichten aber lassen wir uns nicht!**

---

*) Die törichte Zitierung des Falls Jakubowski bezeichnet die ganze Unsachlichkeit der Zwischenrufe. Die Unschuld Jakubowskis, der niemals aus politischen, sondern aus kriminellen Gründen verurteilt wurde, ist bis zur Stunde noch nicht bewiesen. Im übrigen war Jakubowski nach der Versicherung seines Beichtvaters kein Pole, sondern ein Weißrusse. D. R.

Über den Etat hinaus!

Die Budgetüberschreitungen des Herrn Czechowicz vor der Kommission.

Warschau, 13. März. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Rotaj trat gestern der Ausschuß zur Prüfung der **Budgetüberschreitungen für das Wirtschaftsjahr 1927/28** zu einer Sitzung zusammen, in der nach einem Referat des Abgeordneten Liebermann die Bestätigung der im Staatshaushalt für das erwähnte Wirtschaftsjahr nicht vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 20 529 955 Zloty abgelehnt wurde. Die Budgetüberschreitungen für das Jahr 1927/28 bildeten den Gegenstand der Anklage gegen den ehemaligen Finanzminister Czechowicz vor dem Staatsgerichtshof. Dieser sandte die Akten dem Sejm mit dem Ersuchen zurück, diejenigen Überschreitungen genau zu bezeichnen, die der Sejm nicht bestätigen und somit nicht legalisieren wolle. Abg. Liebermann betonte in seinem Bericht, daß in dem Gesamtbetrage der Überschreitungen zum größten Teil Ausgaben enthalten sind, die aus Staatsgründen zweckmäßig waren und deren Bestätigung er empfehle. 14 Positionen müsse er aber als unzweckmäßig und gesetzwidrig bezeichnen; man dürfe diese daher nicht legalisieren. Zu diesen Ausgaben gehören in erster Linie acht Millionen Zloty für den Dispositionsfonds des Ministerratspräsidiums, die auf Grund eines Schreibens des Marschalls Pilsudski dem damaligen Innenminister, General Skladkowski, zur Verfügung gestellt worden waren. Dieser Betrag soll, wie der Abg. Liebermann meint, für Wahlzwecke des Regierungslagers ausgegeben worden sein.

Unter den weiteren Positionen, die von dem Referenten beanstandet werden, befinden sich 10 Millionen Zloty für die Stickstoffwerke in Tarnów, 200 000 Zloty, die das Innenministerium für Automobile ausgegeben hat, 242 000 Zloty, die der im Stande der Liquidierung befindlichen Schiffahrtsgesellschaft „Wisla-Baltyk" ausgezahlt wurden, 114 493 Zloty für Pressezwecke des Regierungslagers in Lemberg und Posen, 90 000 Zloty für den Bau des Postamts in Gdingen usw.

Die Gesamtsumme dieser beanstandeten Ausgaben beträgt 20 529 955 Zloty, die dem Antrage des Abg. Liebermann entsprechend nicht bestätigt werden soll. Gleichzeitig wird der Sejm mit Rücksicht darauf, daß die Staatliche Oberste Kontrollkammer dem Sejm keinen Antrag auf Entlastungserteilung für die Regierung vorgelegt hat, ersucht, den Rechnungsabschlüssen für das Jahr 1927/28 die Bestätigung zu versagen.

Eine polnische Juristen-Delegation für den Haag.

Warschau, 13. März. (PAT) Gestern ist die polnische Delegation zu der auf die Initiative des Völkerbundes hin einberufenen Konferenz, in der man sich mit der Kodifizierung des internationalen Rechts beschäftigen soll, nach dem Haag abgereist. Den Gegenstand der Beratungen sollen Entwürfe von Konventionen in Fragen der Staatszugehörigkeit, der Territorialgewässer und der Verantwortlichkeit für Schäden bilden, die Ausländern auf den von ihnen bewohnten Gebieten zugefügt wurden. Vorsitzender der Delegation ist der Vizeminister im Justizministerium Steczkowski, der im besonderen den Standpunkt der Polnischen Regierung in der Kommission für die Verantwortlichkeit der Staaten vertreten wird. In zwei anderen Kommissionen werden die Polnische Regierung vertreten: Prof. Julian Makowski, Abteilungschef im Außenministerium (Fragen der Territorialgewässer) und Ministerialrat im Außenministerium Rundstein (Landwirtschaftliche Fragen).

Wirtschaftliche Rundschau.

Ermäßigung des Diskontsatzes der Bank Polski.

Auf einer am 13. d. M. stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrates der Bank Polski wurde beschlossen, die Diskontrate der Bank Polski auf 7 Prozent, die Rate der Terminpfänder und offenen Kredit auf 8 Prozent festzusetzen. Die Beschlüsse des Rates treten mit dem heutigen Tage in Kraft.

Wie die „Gazeta Handlowa" dazu aus maßgebender Quelle erfährt, wird diese Ermäßigung des Zinssatzes durch die Bank Polski keinen ähnlichen Schritt der Privatbanken verursachen. Der Zinssatz der Privatbanken wird also weiterhin auf 12 Prozent jährlich verbleiben.

Diskontermäßigung der P. K. O. Der Aufsichtsrat der polnischen Postsparkasse hat beschlossen, den Diskontsatz beim Wechselankauf um 3/4 Prozent auf 7 Prozent mit Wirkung vom 10. März d. J. zu ermäßigen.

Neugründung. Mit einem Kapital von 151 000 Zloty ist in Gdingen eine Werftgesellschaft gegründet worden. An dieser Gesellschaft sind ausschließlich Privatleute beteiligt.

Konkurse.

Photo-Drogerie, Inh. Leokadia Cylkowska, Bromberg. In der Angelegenheit des Konkurses der Firma wird ein Einigungstermin für den 26. März d. J. 11 Uhr vormittags, im Kreisgericht zu Bromberg, Zimmer 13, anberaumt.

Zahlungsaufschub.

Gustav Behrendt nast. Wiktor Szulc in Graudenz ist der seinerzeit vom Kreisgericht bewilligte dreimonatige Zahlungsaufschub auf weitere drei Monate, d. i. bis zum 12. Juni 1930, verlängert worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 14. März auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 13. März. Danzig: Ueberweisung 57,62 bis 57,76, bar 57,65—57,79. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,90—47,10, Posen 46,90—47,10, Kattowitz 46,90—47,10, bar gr. 46,75—47,15. Zürich: Ueberweisung 58,05. London: Ueberweisung 43,38. Newyork: Ueberweisung 11,25. Prag: Ueberweisung 377,75. Mailand: Ueberweisung 213,50.

Warschauer Börse vom 13. März. Umsätze Verkauf — Kauf Belgien 124,35, 124,66 — 124,04, Belgrad 15,72, 15,75 — 15,69, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,78, 358,68 — 356,88, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 238,75, 239,35 — 238,15, London 43,37 1/2, 43,48 — 43,27, Newyork 8,906, 8,926 — 8,886, Oslo —, Paris 34,91 1/2, 35,00 — 34,83, Prag 26,43, 26,49 — 26,37, Riga —, Stockholm —, Schweiz 172,55, 172,98 — 172,12, Wien 125,59, 125,90 — 125,28, Italien 46,74 1/2, 46,86 — 46,63.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 13. März. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,01 Gd., 25,01 1/2 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,517 Gd., 122,823 Br., Warschau 57,62 Gd., 57,76 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,587 Gd., 122,893 Br. Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,65 Gd., 57,79 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 13. März Geld	Brief	In Reichsmark 12. März Geld	Brief
4.5 %	1 Amerika	4.1885	4.1965	4.1885	4.1965
5 %	1 England	20 366	20.406	20.358	20.398
4 %	100 Holland	167 96	168 30	167.93	168.27
—	1 Argentinien	1.562	1.566	1.567	1.571
5 %	100 Norwegen	112.06	112.28	112 03	112.25
5 %	100 Dänemark	112.11	112.33	112.08	112.30
—	100 Island	92.16	92.34	92.16	92.34
4.5 %	100 Schweden	112.44	112.65	112.39	112.61
3.5 %	100 Belgien	58.36	58.48	58.35	58.47
7 %	100 Italien	21.955	22.995	21.94	21.98
3 %	100 Frankreich	16.335	16.425	16.38	16.42
3.5 %	100 Schweiz	81.035	81.195	81.02	81.18
5.5 %	100 Spanien	51.64	51.74	51.42	51.52
—	1 Brasilien	0.484	0.486	0.488	0.49
5.48 %	1 Japan	2.065	2.069	2.063	2.067
—	1 Kanada	4.174	4.182	4.17	4.178
—	1 Uruguay	3.720	3.734	3.726	3.734
5 %	100 Tschechoslowak.	12.412	12.432	12.413	12.433
7 %	100 Finnland	10.54	10.55	10.586	10.556
—	100 Estland	111.54	111.76	111.59	111.81
—	100 Lettland	80.74	80.90	80.72	80.88
8 %	100 Portugal	18.81	18.85	18.81	18.85
10 %	100 Bulgarien	3.034	3.04	3.034	3.04
6 %	100 Jugoslawien	7.397	7.411	7.40	7.414
7 %	100 Oesterreich	58.965	59.085	58.99	59.11
7.5 %	100 Ungarn	73 16	73.30	73.16	73.30
6 %	100 Danzig	81.40	81.56	81.43	81.59
—	1 Türkei	—	—	—	—
9 %	100 Griechenland	5.425	5.485	5.425	5.435
—	1 Kairo	20.885	20.925	20.875	20.915
9 %	100 Rumänien	2.488	2.492	2.488	2.492
—	Warschau	46.90	47.10	46.90	47.10

Züricher Börse vom 13. März. (Amtlich.) Warschau 58,05, Newyork 5,1695, London 25,13 1/8, Paris 20,23, Wien 72,81, Prag 15,32, Italien 27,08 3/4, Belgien 72,02 1/2, Budapest 90,34, Helsingfors 13,00, Sofia 3,74 1/2, Holland 207,30, Oslo 138,30, Kopenhagen 138,35, Stockholm 138,75, Spanien 63,80, Buenos Aires 1,93 3/4, Tokio 2,55, Bukarest 3,07, Athen 6,70, Berlin 123,32 1/2, Belgrad 9,12 3/4, Konstantinopel 2,24 1/2. Privatdiskont 3 3/8 pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 1/2 Zl., do. kl. Scheine 8,86 1/2 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,21 1/2 Zl., 100 Schweizer Franken 171,87 Zl., 100 franz. Franken 34,74 1/2 Zl., 100 deutsche Mark 211,95 Zl., 100 Danziger Gulden 172,70 Zl., tschech. Krone 26,33 Zl., österr. Schilling 125,09 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 13. März. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zl.) 53,25 G. 8proz. Obligationen der Stadt Posen (100 G.-Zloty) vom Jahre 1927 92,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 94,50 G. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Zloty) 40,00 G. Notierungen je Stück: 6proz. Roggenbr. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 19,25 G. 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 74,00 G. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Browar. Krot. 27,00 G. H. Cegielski 40,00 +. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 13. März. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Station Warschau; Marktpreise: Roggen 17—18, Weizen 34—35, Einheitshafer 16,50—17,50, Grützgerste 18—19, Braugerste 22—24, Speise-Felderbsen 27—29, Luxus-Weizenmehl 67—70, Weizenmehl 4/0 57—60, Roggenmehl nach Vorschrift 33—34, grobe Weizenkleie 15—16, mittlere 12,50—13,50, Roggenkleie 9—9,50, Leinkuchen 32—33, Rapskuchen 24—25. Umsätze gering, Tendenz ruhig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 13. März. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) **Weizen** 31,25—32,00 Zl., **Roggen** 16,00—16,30 Zl., Mahlgerste 18,00—18,25 Zl., **Braugerste** 20,50—22,00 Zl., Felderbsen 25,00—27,00 Zl. **Viktoriaerbsen** 28,00—31,00 Zl., **Hafer** 15,00—15,30 Zl., Fabrikkartoffeln —,— Zl., Speisekartoffeln —,— Zl., Kartoffelflocken —,— Zl., Weizenmehl 70 %, —,— Zl., do. 65 %, —,— Zl., Roggenmehl 70 %, —,— Zl., Weizenkleie 15,50, Roggenkleie 12,00 Zl. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation. Tendenz: schwächer.

Berliner Produktenbericht vom 13. März. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 76—77 Kg., 232,00—235,00, Roggen märk., 72 Kg., 139,00—144,00, Braugerste 160,00—170,00, Futter- und Industriegerste 140,00—150,00, Hafer märk. 118,00—127,00, Mais 155.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 26,50—34,00, Roggenmehl 20,00—23,50, Weizenkleie 8,00—8,50, Roggenkleie 7,25—7,75, Viktoriaerbsen 20,00 bis 25,00, Kl. Speiseerbsen 18,00—20,00, Futtererbsen 16,00—17,00, Peluschken 16,50—19,00, Ackerbohnen 16,00—18,00, Wicken 19,00—23,00, Lupinen, blaue 12,50—14,00, Lupinen, gelbe 16,00—17,50, Serradella 26,00—30,00, Rapskuchen 12,50—13,50, Leinkuchen 16,50—17,20, Trockenschnitzel 6,50—6,70, Soya-Extraktionsschrot 13,30—14,30, Kartoffelflocken 11,20—12,70.

Die erneut flauen Meldungen von den überseeischen Terminmärkten beeinträchtigten die Unternehmungslust.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 13 März.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 g 11 1/2, Klasse A über 60 g 10—10 1/2, Klasse B über 53 g 9—9 1/2, Klasse C über 48 g 8, frische Eier, Klasse B über 53 g 8 1/2, aussortierte kleine und Schmutzeier 6 1/2, Auslandseier: Dänen, 18er 11 1/2, 17er 11, Holländer, Durchschnittsgewicht 68 g —, 60—62 g 10 3/4—11 1/4, 57—58 g —, Belgier, Durchschnittsgewicht 57—58 g 9 3/4, Italiener usw., Durchschnittsgewicht 57—58 g 9 1/2, Ungarn 8, Russen normale 7, Polen, normale 7, kleine, mittel, Schmutzeier 6—6 1/2, In- und ausländische Kühlhauseier: Extra große 8 1/2, große 7 1/2, normale 6—6 1/2. Chinesen und ähnliche 5 1/2—7. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: ruhig.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 13. März. Preis für 100 Kilogr in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,50, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %, in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 57,00—60,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 57,00—59,00. Gold im Freiverkehr —,— Platin —,—.

Edelmetalle. Berlin, 13. März. Silber 900 in Stäben das Kg. 57—59, Gold im freien Verkehr das Gramm 2,80—2,82, Platin im freien Verkehr das Gramm 6,50—8,50.

Metalle. Warschau, 13. März. Es werden folgende Preise je Kg. in Zloty notiert: Banka-Zinn in Blöcken 9,50, Hüttenblei 1,20, Zink 1,20, Antimon 2, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4,80 bis 5,20 und 4—4,80, Zinkblech 1,35.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, den 16. März 1930. (Rem.)

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Passionsandacht im Gemeindehaus. Sup. Aßmann.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel. 1/2 12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pfarrer Wurmbach. 11 1/4 Uhr Kdr.-Gottesdst. Montag, abds. 8 Uhr Uebungsstunde des Kirchenchors. — Dienstag, abds. 8 Uhr Vereinsstunde des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Vikr. Laffahn. 11 1/2 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 1/4 4 Uhr Jugendbund Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde u. Blaukreuzversammlung. Donnerstag, abd. 1/2 8 Uhr Passionsgottesdienst.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7 Uhr: Passionsgottesdienst.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr. 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdst., Prediger Weipema. — Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskie o) Nr. 8b Sonntag, vorm. 9 Uhr: Gebetstunde. — Nachm. 2 Uhr Sonntagschule. — Nachm. 3 1/2 Uhr Jugendbundversammlg. Nachm. 5 Uhr: Evangelisation, Pred. Gnaut. Mittwoch, abds. 8 Uhr Bibelstunde, Prediger Gnauk.

Baptisten-Gemeinde. Pomorska 26. Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. Vorm. 11 Uhr: Sonntagschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. Nachm. 5 1/2 Uhr Gemeindestde. Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr Bibel- und Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. — Donnerstag, abds, 7 Uhr Passionsandacht.

Kl. Bartelsee. Vorm. 1/2 12 Uhr Kindergottesdst. Nachm. 3 Uhr Gottesdst., Sup. Aßmann. Donnerstag, abds. 6 Uhr Passionsandacht.

Schröttersdorf. Vrm. 11 Uhr Kdr.-Gottesdst. Dienstag, abends 6 Uhr: Passionsandacht.

Cielle. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 1/2 3 Uhr: Jungmänner-Versammlung.

Kruschdorf. Nachm. 3 Uhr Predigtgottesdienst.

Lochowo. Nachm. 1/2 3 Uhr Gottesdienst.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Donnerstag, abds. 6 Uhr Passionsandacht.

Schubin. Vrm. 10 Uhr Lesegottesdienst, anschließ. Kindergottesdst. Nachm. 1/2 3 und 4 Uhr: Jugend-Vereine.

Znin. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst,* Pfr. Schenk.

Ronek. Donnerstag, nachm. 1/4 Uhr Passions-Gottesdienst.

Elsendorf. Vorm. 10 1/2 Uhr Andacht.

Grünkirch. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Neubau der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen

Am vergangenen Sonntag fand in Danzig eine Besichtigung des neuerbauten Verwaltungsgebäudes der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen durch die Pressevertreter statt, die durch die Herren Generaldirektor Dr. Niehuus und Architekt Ad. Bielefeldt geführt wurden. In einer Begrüßungsansprache führte Dr. Niehuus aus, daß mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit in Danzig keine Eröffnungsfeierlichkeiten stattfänden. Die Anstalt habe aber der Lungenheilstätte in Jenkau 3000 Gulden und der Technischen Hochschule in Danzig-Langfuhr 5000 Gulden gespendet. Der Redner gab dann einen Überblick über die Entwicklung des Instituts. „Die Westpreußen" ist 1910 als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden; sie umfaßte bei Kriegsausbruch Versicherungen in Höhe von 45 000 000 Reichsmark, die sich trotz der Grenzänderungen heute bis auf 150 000 000 Gulden gesteigert haben. Damit steht die Anstalt von allen derartigen Körperschaften im Deutschen Reiche an vierter Stelle.

Danach führte Architekt Ad. Bielefeldt, in dessen Händen Entwurf und Bauleitung gelegen haben, die Pressevertreter durch die Räume des Neubaues, der in Bauart und Ausstattung einfache aber gediegene Formen aufweist. Der Neubau befindet sich am Dominikswall, Ecke Silberhütte, etwa 300 Meter vom Hauptbahnhof entfernt. Das alte Gebäude, das hier bis zum Neubau stand, entstammte der Zeit um 1900 und konnte vom Architekten unmöglich in ein zeitgemäßes Bureauhaus umgewandelt werden. Die innere Aufteilung und der viel zu enge Binnenhof boten die schlechteste Unterlage für eine Umbauplanung. Zudem fanden sich an verschiedenen Stellen Holzerkrankungen, die umfangreiche ganz gründliche Erneuerungen erforderten. Alles das war die Veranlassung dazu, daß man sich dazu entschloß, bis zur Decke über dem Kellergeschoß den alten Bau niederzulegen und unter Verwendung des brauchbaren Altmaterials neu aufzubauen. Die Gebäudeausmaße betrugen im Mittel 20×22,50 Meter einschließlich des Binnenhofes von 975 Quadratmeter. Dieser Umstand führte zur Anordnung des glasüberdachten hochragenden Lichthofes mit umlaufenden Flurgalerien in den Obergeschossen, in denen die einzelnen Bureauräume an den Außenwänden liegen. Die sämtlichen Räume sind auf diese Weise vortrefflich belichtet und vollkommen übersichtlich. Die Lichthofhalle, an der im Erdgeschoß die Abfertigung für den Publikumsverkehr liegt, stellt in ihrer monumentalen Wirkung den Hauptrepräsentationsraum dar, ohne daß dadurch irgend welche Opfer an Raum und damit an Geldmitteln gebracht sind.

Einer besonders liebevollen und repräsentativen Ausgestaltung wurde die Eingangshalle unterzogen, der die besondere Aufgabe der Überleitung von der schiefen Front der Silberhütte zu dem rechtwinkligen sich an den Dominikswall anlehnenden Grundriß zufällt. Eines weiteren besonderen Entschlusses bedurfte es bei der Anlage und Anordnung der Säle. Für den großen Saal vor allem war eine Erhöhung gegenüber den gewöhnlichen Geschoßhöhen unerläßlich, für den kleinen Saal war sie dringend erwünscht. Dies führte zu ihrer Unterbringung im obersten Geschoß, so daß sie in den Bodenraum unter dem flachen Dach hineinragen konnten.

Für die Gestaltung des Äußeren wurde im Einvernehmen mit dem Senat unter Rücksichtnahme auf die gegenüberliegenden Eckhäuser am Elisabethwall und Dominikswall und auf das ehemalige Generalkommando Ziegelrohbau gewählt. Da das heimische Material geeignete Fabrikate nicht zu bieten hatte, wurde der Buca-Klinker verwendet, dessen lederfarbener Ton mit dem samtenen Glanz der Sinterung in den vielen Spielarten vom hellsten bis zum dunkel angeschlackten Stücke die beste Gewähr für die erwünschte Belebung der klaren glatten Außenflächen bot. Der Stein ist, wie dies in der Natur eines Verblendsteins liegt, nur als solcher verwendet und es ist z. B. bei der Bekrönung und bei den Fensterstürzen, in deren Innerem Betonkonstruktionen die statischen Funktionen übernehmen, der Charakter als bloße äußere Verkleidung nicht verleugnet worden.

Die weithin schon vom Hauptbahnhof her zu übersehende Ansicht an der Silberhütte, mußte den Haupteingang erhalten. Die spitze Ecke, die an die Stelle des früheren Erkers getreten ist, mußte der Baupolizeiforderung entsprechend, gebrochen werden, ohne damit die klare Linienführung der beiden Fronten zu stören oder zu verwischen.

Bei dem ganzen Bauprojekt wurde besonderer Wert auf Sachlichkeit sowohl im Äußeren wie im Inneren gelegt. Es ist darum auch im Inneren auf jeden Schmuck und jede unnütze Zutat verzichtet worden. Alle Formengebung ist aus den Bedürfnissen und dem Zweck heraus entstanden und mit tunlichst einfachen Mitteln erfolgt. Ganz besonders ist jeder Luxus ausgeschaltet worden.

Im Erdgeschoß liegen: die Inkassoabteilung mit Kartothek und Zimmer für den Abteilungsvorsteher. Von dem Hauptkassenraum aus ist ein direkter Zugang zu der Stahlkammer, zum Aufenthaltsraum der Kassenboten, zu den Garderobenräumen und zu den Aborten im Kellergeschoß geschaffen. Im I. Obergeschoß befinden sich: die Direktion, die Hauptbuchhaltung sowie die mathematische Abteilung. Im II. Obergeschoß sind die Organisationsabteilung und die Vertragsabteilung untergebracht. Das III. Obergeschoß enthält die Säle für Verwaltungs- und Aufsichtsrat, die Prämiendruckerei, die Mahnabteilung und die Abteilung für Unfall- und Haftpflichtversicherung.

Der Abbruch des alten Baues wurde im Februar 1929 begonnen. Mit dem Wiederaufbau wurde am 28. April 1929 angefangen, das Richtfest wurde am 1. August 1929 gefeiert, der Innenputz war Mitte November 1929 fertig, der Einbau der Tischler-Innenarbeiten begann am 2. Januar 1930, die Malerarbeiten fingen am 10. Januar 1930 an. Mit dem Einzug wurde früher als vorausgesehen, Mitte Februar 1930 begonnen.

Es war ein überaus interessanter Rundgang, den die Pressevertreter eben beendet hatten, und der nicht nur durch das neue Heim der „Westpreußen" sondern auch durch die Ideenwelt moderner Architektur führte. Mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Arbeit in dem neuen Verwaltungsgebäude wurde die Pressebesichtigung geschlossen.

Aus dem Stadtparlament.

Bromberg, 14. März.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung, die durch Vorsteher Beyer geleitet wurde, wurden die neuen Stadtverordneten Gärtnereibesitzer Erich Böhme (Deutsche Fraktion) und Lenkowski (PPS) durch den Stadtpräsidenten Dr. Sliwiński in ihr Amt eingeführt. Sodann vereidigte der Stadtpräsident den nach zweimaliger Wahl bestätigten Apotheker Lakner zum unbesoldeten Stadtrat und sprach ebenso wie der Stadtverordnetenvorsteher die Glückwünsche zu der Bestätigung aus.

Die Angelegenheit der vom Magistrat vorgelegten neuen Instruktion für die Rechnungsprüfung wurde nach einem Referat des Stadtv. Sioda noch einmal an den Magistrat zur nochmaligen Überprüfung zurückverwiesen, da das Projekt in einigen Punkten mit den geltenden juristischen Bestimmungen nicht übereinstimme. Die Angelegenheit der Übertragung der Kosten bei der Anlage neuer Straßen auf die Anlieger löste eine sehr lange Debatte aus. Nach dem Vorschlag der Kommission, die sich mehrmals mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, sollen bei Anlage noch nicht bestehender Straßen die Kosten für Straßenbefestigung, Bürgersteig und Kanalisation auf die Anlieger übertragen werden. Bei Straßen, die schon befestigt sind, soll die Anlage des Bürgersteiges der Anlieger ganz, die Anlage des Dammes und der Kanalisation zur Hälfte vom Anlieger und zur Hälfte von der Stadt getragen werden. Die Frage der Anlage neuer Straßen ist besonders in den Vororten aktuell, wo es kleine Besitzer gibt, die Grundstücke ihr eigen nennen, deren Wert nur so hoch ist, wie die Anlage einer diagonal durch die Grundstücke gelegten Straße. Alle Redner von rechts bis links sprachen sich gegen das Projekt aus. Der Stadtv. Stoll (Deutsche Fraktion) unterstrich die in dem Projekt liegende Ungerechtigkeit und bat wie sein Vorredner Sioda um grundsätzliche Änderung dieses Punktes. Der Stadtv. Dzierla (Deutsche Fraktion) verwies darauf, daß der Ausbauplan der Stadt besondere Arbeiterviertel vorsehe, in denen kleine Einfamilienhäuser entstehen sollen. Die Straßenbaukosten würden nach dem Projekt die gleiche Höhe erreichen wie die Kosten des Hausbaues, so daß niemand daran denken könne, ein Gebäude zu errichten. Er empfahl zumindestens für diese Viertel eine Änderung des Projektes. Schließlich wurde die ganze Angelegenheit noch einmal an die Finanzkommission verwiesen. — Zur Annahme gelangte der Antrag des Magistrats um einen 25prozentigen Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer.

Zum Schluß der Sitzung kam die Frage der Arbeitslosigkeit zur Sprache und Stadtpräsident Dr. Sliwiński berichtete in ausführlicher Weise über die Ergebnisse der Konferenz, die die nach Warschau entsandte Kommission mit dem Arbeitsminister Prystor hatte. Mit dem Ergebnis, über das wir weiter unten ausführlich berichten, kann man durchaus zufrieden sein, und es steht zu hoffen, daß bald durch Gewährung von Anleihen eine Belebung des Arbeitsmarktes erfolgen wird. Auf Antrag des Stadtv Wnuk wurde eine Kommission gewählt, die nachprüfen soll, wie die durch die Bürgersammlung eingebrachten Summen verwendet wurden. In die Kommission wurde von der Deutschen Fraktion der Stadtv. Winiecki entsandt. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß der Magistrat die Änderungen der Stadtverordnetenversammlung am Zusatzbudget angenommen hat mit der Bemerkung, die für die Arbeitslosen bestimmten 34 000 Złoty zu Notstandsarbeiten verwenden zu wollen.

An die öffentliche Sitzung schloß eine geheime an.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 14. März.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Die Hilfsaktion für die Arbeitslosen.

Die Bromberger Delegation beim Arbeitsminister.

Wie wir bereits berichteten, weilte vor einigen Tagen bei dem Minister für öffentliche Arbeiten und Fürsorge eine Kommission mit dem Stadtpräsidenten Dr. Sliwiński an der Spitze, um für Abhilfe der großen Not, die durch die Arbeitslosigkeit entstanden ist, zu bitten. Die Delegation schilderte dem Minister die Arbeitsmarktlage in Bromberg und Stadtpräsident Dr. Sliwiński gab einen Plan, wie der allgemeinen Not abgeholfen werden könne.

Eine Besserung der Situation könne herbeigeführt werden, wenn die Stadt 1. von der Versicherungsanstalt für geistige Angestellte zur Beendigung des neuen Städtischen Krankenhauses eine Anleihe in Höhe von ¾ Millionen erhalten würde, ferner eine Anleihe in Höhe von 2½ Millionen zur vollständigen Einrichtung und Inbetriebnahme des Krankenhauses; 2. wenn die kurzfristige Anleihe in Höhe einer halben Million Złoty in eine langfristige umgewandelt werden würde; 3. die Versicherungsanstalten auch in Bromberg Wohnhäuser bauen würden, wofür die Stadt Bauplätze zu den günstigsten Bedingungen hergeben würde und schließlich 4. die Regierung eine größere Summe zur Durchführung von Magistratsarbeiten anweisen würde, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben.

Die in der Kommission ebenfalls anwesenden Vertreter der Industrie baten den Minister um Berücksichtigung derselben bei Übergabe von Regierungsaufträgen, durch die allein weiteren Entlassungen vorgebeugt werden könne.

Nach Kenntnisnahme der Wünsche versprach der Minister, die Angelegenheit einer Anleihe zur Beendigung des Krankenhauses in günstigem Sinne zu erledigen, den Antrag betreffs einer Anleihe von 2½ Millionen Złoty zu prüfen und die Wünsche der Industrie im Ministerrat zur Sprache zu bringen. Die Angelegenheit von finanziellen Unterstützungen für die Magistratsarbeiten soll ebenfalls eine für die Stadt günstige Erledigung finden, jedoch hat der Minister um Vorlegung von Plänen und Kostenanschlägen. Zur Durchführung von Notstandsarbeiten habe die Regierung zurzeit keine Summen zur Verfügung. Schließlich versprach der Minister noch, den Antrag auf Umgestaltung der kurzfristigen in eine langfristige Anleihe zur günstigen Erledigung dem Finanzminister zu übergeben.

Was bisher getan wurde.

In diesem Zusammenhang dürfte recht interessant sein, zu erfahren, was bisher von seiten der Regierung, des Magistrats und der Bürgerschaft für die Arbeitslosen getan wurde.

Die Volksküche gibt vom 1. Dezember 1929 ab täglich 5000 Portionen Mittag und ebensoviel Portionen Brot à ½ Pfund aus.

An Milch für Kinder werden durch die Station für Mutter und Kind täglich 148 Liter und in den Volksschulen 377 Liter und dazu 3770 Semmeln abgegeben.

Kohle, Mehl und Schmalz kamen zweimal an die Arbeitslosen zur Verteilung, und zwar das erstemal zu Weihnachten, das zweitemal im Februar. Es wurden 7120 Zentner Kohle, 220 Zentner Mehl und 48 Zentner Schmalz ausgegeben.

Warenbons, durch die bekanntlich die Arbeitslosen zur Entgegennahme von Lebensmitteln und anderen Waren bei hiesigen Kaufleuten berechtigt sind, werden zurzeit von der öffentlichen Fürsorgestelle für eine Gesamtsumme von 6000 Złoty ausgegeben.

Die Gesamtkosten dieser Hilfsaktion sind folgende: Volksküche 90 000 Złoty, Kohle, Mehl und Schmalz 34 000 Złoty, Milch, Semmeln und Säuglingsnahrung 30 000 Złoty, Warenbons 6000 Złoty, zusammen also 160 000 Złoty.

Der Wojewode hat der Stadt für die Hilfsaktion bisher 25 000 Złoty überwiesen und weitere 6000 Złoty angewiesen. Eine ganz beträchtliche Summe hat die Spendensammlung unter der hiesigen Bürgerschaft ergeben. Magistrat, Bürgerschaft und Regierung haben demnach alles in ihren Kräften Stehende getan, um den Familien der Arbeitslosen zu Hilfe zu kommen.

§ **Keine Strafmandate gegen Jugendliche.** Das Innenministerium sandte an alle Wojewodschaften Rundschreiben aus, worin angeordnet wird, von Minderjährigen, insbesondere der Schuljugend, im Falle einer Gesetzesüberschreitung nicht wie gewöhnlich die Strafe auf administrativem Wege sofort einzutreiben, sondern sich nur auf eine Ausweisung der betreffenden Person und Benachrichtigung der maßgebenden Stellen zu beschränken.

§ **Noch ein Wunderarzt.** Wir berichteten kürzlich über einen Wunderarzt aus Prinzenthal, der diesen Vorort zu einem Zeileis machen wollte und dessen Heilmethode darin bestand, den Patienten ein Kreuz aufs Haupt zu legen und neben anderem Unfug ihnen die kleine Zehe zu massieren. Jetzt ist ein zweiter Mann dieser Art festgenommen worden, der einen seiner Patienten von allen Leiden erlöst hat, allerdings auf eine Weise, die man nicht als Heilung ansprechen kann: er hat ihn nämlich ins Grab kuriert. Eine andere Person behandelte er so erfolgreich, daß sie sich nach Warschau in ein Sanatorium zu einer Kur begeben mußte. Aber die Dummen werden eben nicht alle und zahlen schließlich für eine solche Nachkur nicht genug, um für ihre entsetzliche Naivität, sich von solchen Kurpfuschern behandeln zu lassen, zu büßen. Bei seiner Vernehmung erklärte der Wunderarzt gegenüber den Polizeibehörden, daß er ein Buch des bekannten Pfarrers Kneipp gelesen habe und sich durch diese Lektüre berechtigt fühlte, eine ärztliche Praxis auszuüben. Polizei und Gerichtsbehörden haben sich zusammengetan, um den Wunderdoktor davon zu überzeugen, daß die Lektüre eines Buches nicht genügt, um die Menschen von ihren Leiden zu heilen.

§ **Eine Warnung** erläßt die hiesige Kriminalpolizei im Zusammenhang mit zwei in Danzig ausgeführten Diebstählen. Und zwar entwendeten Einbrecher einen großen Posten Seidenwaren aus dem Konfektionshaus „Beba" in Danzig. Man nimmt an, daß die Diebe versuchen werden, die Ware in Pommerellen oder im Posenschen wieder abzusetzen und warnt deshalb vor Ankauf. Ferner wurde der Frau Else Petram in Danzig eine Geldkassette mit Dokumenten und 4 Sparkassenbüchern des Danziger Spar-Aktien-Vereins gestohlen, von denen drei keine Namen, sondern nur Nummern trugen, die die Bestohlene leider nicht angeben kann. Desgleichen wurde ihr eine goldene Uhr mit den Monogrammen „RP" und „EP" entwendet. Auch hier wird vor Erwerb der gestohlenen Sachen gewarnt. Die Kriminalpolizei bittet, Personen, die die oben angeführten Dinge zum Kauf anbieten, unverzüglich dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben.

§ **Ein Schadenfeuer,** dessen Ursache noch nicht festgestellt wurde, brach gestern gegen 7,15 Uhr in der Werkstatt des Tischlermeisters Franz Jordan, Rosenstraße 3, aus. Das Feuer vernichtete die Inneneinrichtung und eine große Menge Holz. Der Schaden geht in mehrere Tausend Złoty.

§ **Vermißt** wird seit dem 11. d. M. die 22jährige Ehefrau Helene Trojanowska, geb. Kuwer. Die Genannte hat sich aus der Wohnung ihres Mannes Höpkestraße (Malachowskiego) 5 fortbegeben und wird seitdem vermißt. Die Polizei stellt Nachforschungen nach dem Verbleib der Frau an.

§ **Gefaßter Übeltäter.** Am 7. d. M. wurde die Feuerwehr nach der Neuhöferstraße alarmiert. Als sie dort eintraf, stellte sich heraus, daß kein Grund zu einer Alarmierung vorlag und sie somit das Opfer eines üblen Scherzes geworden war. Die Nachforschungen nach dem Übeltäter waren von Erfolg gekrönt. Der Täter wurde verhaftet und **steht einer strengen Betrafung entgegen.**

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Trunkenheit und je eine Person wegen Diebstahls und wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Ruder-Club Frithjof. Zum Verbandstage am Sonntag, dem 16. März, fährt der Omnibus um 11 Uhr vom Clubhaus. Der Fahrpreis beträgt 4 Złoty pro Person. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, daran teilzunehmen. (3451

Die Firma A. Hensel, Dworcowa 97, veranstaltet täglich von 11—1 und 3—5 Uhr Kochvorführungen. Ein Mittagessen in 5—15 Minuten. Kostproben werden verabfolgt. (3401

Geflügelzüchterverein. Sitzung am Sonnabend, dem 22. März abends 8 Uhr, bei Wichert. Vortrag des Herrn Lehrers Heymann, Rogowo, über seine Lege- und Zuchtfarm, sowie Erklärung und Vorzeigung einer selbstkonstruierten künstlichen Glucke. Hernach gemeinschaftliches Abendessen und Zusammensein zum Gedenken des Stiftungstages, 24. März 1891. Anmeldungen bei Herrn Grawunder, Dworcowa 20. Gäste willkommen. (3444

Konzert. Sonntag, den 16. d. M., mittags um 12.15 Uhr, findet im hiesigen Stadttheater ein Morgenkonzert statt zu Ehren der 60jährigen Kompositorenarbeit von Ludwik d'Arma Dietz, der einer der letzten Schüler von Moniuszko ist. Im Programm nur Werke des greisen Komponisten in Ausführungen von Chor, Soli und Orchester. Der Reingewinn ist für die Arbeitslosen bestimmt. Die Preise sind von 40 Groschen an bis 2 Złoty für den Platz. (3447

* * *

g **Crone** (Koronowo), 13. März. Auf dem heutigen Vieh- und Pferdemarkt wurden folgende Preise gezahlt: Bessere Wagenpferde 800—1200, schlechtere 450—800; hochtragende Milchkühe 450—620 Złoty, abgemolkene 350 bis 400 Złoty, alte Kühe 250—300 Złoty. Der Verkauf ging im Ganzen nur schleppend; der Umsatz war nur gering. — Auf dem Wochenmarkte brachte Butter 2,70—2,80, Eier pro Mandel 1,70, junge Tauben 1,80—2,00 pro Paar, Kartoffeln 2,50 pro Zentner, Weißkohl 0,25, Zwiebeln acht Pfund 1,00, Mohrrüben 0,20, rote Rüben 0,15, Wruken 0,10, grüne Heringe drei Pfund 1,00. — Fette Schweine brachten 110 bis 120 pro Zentner, Ferkel 110—120 Złoty pro Paar. — Heute abend 8 Uhr brannte die Scheune und der Stall des Besitzers Klettke in Schanzendorf nieder. Das Feuer ist durch Brandstiftung entstanden. Der Schaden ist ziemlich groß. — Kürzlich wurden dem Besitzersohn Kops aus Stronno in Salesche von seinem Fahrrade die Mäntel und Schläuche nebst Luftpumpe gestohlen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

00 **Debenke** (Dębionek), Kr. Wirsitz, 12. März. Einen Selbstmordversuch verübte am Sonnabend ein junger Mann aus Raygrod. Er gab drei Schüsse auf sich ab. Durch zwei Schüsse trug er leichte Verletzungen davon. Im Vandsburger Krankenhaus, wohin man ihn geschafft hatte, hofft man, den jungen Mann am Leben zu erhalten.

es **Mrotschen** (Mrocza), 13. März. Nach einer vorher stattgefundenen stürmisch verlaufenen Versammlung wurde beschlossen, als Protest gegen die hohe Umsatzsteuer alle Läden von Mittwoch, 12. d. M., bis Donnerstag zu schließen. Nachmittags um 1 Uhr gingen alle Jalousien herunter. Auch Gastwirte und Speisehotels schlossen sich der Kundgebung an. — Bei der letzten Holzauktion haben die Holzpreise wieder angezogen, während bei der vorletzten Auktion das Holz zur Taxe abgegeben wurde, ist diesmal der Raummeter Kloben von 9 bis auf 15 und 16 Złoty getrieben worden.

* **Czarnikau** (Czarnków), 13. März. Ein Feuer richtete beim Landwirt Andrzej Kazimierczak in Marnowo einen Schaden von 25 000 Złoty an.

v **Argenau** (Gniewkowo), 13. März. Der heutige Wochenmarkt war ziemlich gut beschickt. Man zahlte für das Pfund Butter 2,60—2,80, für die Mandel Eier 1,50 bis 1,80. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Weißkohl 0,25, Rotkohl 0,30, rote Rüben 0,15, Mohrrüben 0,25, Grünkohl 0,35, Bohnen 0,40—0,50, Wruken 0,10, Suppengrün 0,30, Zwiebeln 0,25, grüne Heringe 0,35—0,50, Äpfel je nach der Güte 0,80—1,50 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 13—18,00, Enten 6—8,00, Hühner 4—6,00, Tauben 0,80—1,00, Puten 10—12,00 pro Stück. Kartoffeln wurden zu 3,50—4,00 pro Zentner verkauft. — Der Schweinemarkt war nur schwach beschickt. Für Läufer verlangte man 140—160 Złoty pro Stück, für Ferkel 90—110 Złoty pro Paar und für fette Schweine wurden pro Zentner 95—115 Złoty gezahlt.

* **Gnesen** (Gniezno), 13. März. Ein guter „Freund". Franciszek Kalecki nächtigte bei seinem Freunde Władysław Kamedulski. Als dieser am Morgen aufwachte, mußte er das Fehlen des Gastes feststellen, aber auch dreier Anzüge, Mäntel, 500 Złoty bar, zusammen 1400 Złoty.

* **Runowo kr.,** 11. März. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag auf dem Vorwerk Klarynowo. Der Arbeiter Koniec wollte durchgehende Pferde anhalten und wurde dabei so unglücklich von der Deichsel getroffen, daß ihm die Brust gequetscht und Zähne ausgeschlagen wurden. Bei Anlegung des Notverbandes starb er. Er ist Vater von zehn Kindern.

* **Kirchplatz Borui,** 12. März. Am Sonntag wurde die Ortsarme Frau Kurtz in ihrer Stube tot aufgefunden. Anscheinend hat, wie die Neutomischeler „Kreis-Ztg." schreibt, Frau K. den Tod durch Verhungern erlitten. Die Verstorbene wurde schon etliche Jahre lang von der Gemeinde ernährt. Ein Rundschreiben bestimmte der Reihe nach die Besitzer zur Verabfolgung der Mahlzeiten. Dieses Rundschreiben ist nun anscheinend auf irgend eine Weise verloren gegangen. Die Frau bekam kein Essen mehr und war nun dem Hungertode preisgegeben. Erst einige Tage nach ihrem Tode wurde sie von Mitbewohnern aufgefunden, als ihre Leiche schon in Verwesung übergegangen war. Die gerichtliche Obduktion der Leiche wird noch die genaue Todesursache feststellen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 14. März.

Krakau —2,04, Zawichost + 1,78, Warschau + 1,71, Płock + 1,22 Thorn + 1,37, Fordon + 1,35, Culm + 1,30, Graudenz + 1,52 Kurzebrak + 1,61, Pickel + 0,90, Dirschau — 0,58, Einlage + 2,30 Schiewenhorst + 2,60.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 62.

Wir zeigen in dankbarer Freude an, daß heute unser sechstes Kind, ein gesundes **Mädchen** geboren wurde.

Marie und Curt Höltzel.

Birkeneck, den 13. März 1930. 3434

Walter Krüger
Charlotte Krüger
geb. Ziep

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen.

Mokre, pow. Grudziądz, den 10. März 1930.

Gleichzeitig danken wir für erwiesene Aufmerksamkeit. 3422

Am Mittwoch, dem 12. März starb nach kurzem schweren Leiden, wohl versehen mit den Gnadenmitteln der Kirche, unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Pauline Engel

geborene **Rosinska**

im Alter von 78 Jahren.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Paul Engel.

Bydgoszcz, Chojnice, Berlin.

Exporte am Sonntag um 5 Uhr vom Trauerhause Ugory 18 nach der Ortskirche Szwederowo. 3411

Am Montag, dem 17. März, um 8 Uhr Trauermesse, anschließend Ueberführung zum alten kath. Friedhof, Berlinerstr.

Heute früh entschlief sanft nach kurzem Krankenlager im 80. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter,

Frau

Wilhelmine Boenisch

geb. **Haase.**

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bydgoszcz, den 14. März 1930.

Die Beerdigung findet Montag, den 17. d. Mts., 3 Uhr nachmitt. vom Trauerhause, Thornerstraße 39, aus statt. 1390